

die schweizer wirtschaft 2011 / 2012

Die Schweizer Wirtschaft 2011 / 2012

02	
Interview	02 Interview mit Gerold Bühler und Dr. Pascal Gentinetta
08	
Kernthemen	08 Allgemeine Wirtschaftspolitik 10 Aussenwirtschaftspolitik 12 Steuern 14 Finanzen 16 Infrastruktur 18 Energie und Umwelt 20 Bildung und Forschung 22 Regulatorisches 24 Wettbewerb 26 Kommunikation und Kampagnen
30	
Über economiesuisse	30 Über economiesuisse 32 Mitglieder 36 Vorstandsausschuss 37 Vorstand 39 Kommissionen und Arbeitsgruppen 40 Geschäftsführerausschuss 41 Geschäftsleitung 42 Geschäftsstellen 43 Nationale und internationale Kontakte 44 Aktivitäten Juli 2011 bis Juni 2012

Wer lange erfolgreich ist, läuft Gefahr, nachlässig und selbstgefällig zu werden.

Die Schweiz droht ihre Trümpfe da und dort zu verspielen, warnen Gerold Bühler und Dr. Pascal Gentinetta, Präsident und Direktor von *economiesuisse*. Sie erklären, wo die Berechenbarkeit des Standorts Schweiz erste Kratzer aufweist.



Das Interview mit Gerold Bühler und Dr. Pascal Gentinetta führte Claudia Gnehm, stv. Wirtschaftschefin Blick-Gruppe. Fotos: Michael Stahl, Bern

Europas Wirtschaft kommt nicht vom Fleck – in der Schweiz werden die Wachstumsprognosen nach oben korrigiert. Was machen wir richtig?

GEROLD BÜHLER: Die Schweiz hat die Rezession von 2009 und die Schuldenkrise bisher sehr gut bewältigt. Es ist wohl ein Zusammenspiel guter Bedingungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die hohe Anzahl konkurrenzfähiger und geografisch breit aufgestellter Firmen. Wichtig ist dabei auch die Sozialpartnerschaft.

Das tönt fast zu gut. Was sind die Herausforderungen?

PASCAL GENTINETTA: Das Beispiel Irland zeigt, wenn man nicht aufpasst, kann man quasi über Nacht von einer wirtschaftlich sehr vorteilhaften Position in eine äusserst unbequeme Lage rutschen. Uns bereitet Sorge, dass man sich in Bundesbern dieser Gefahr nicht genügend bewusst ist. Wir riskieren hier und da, Trümpfe leichtfertig zu verspielen oder die erforderliche Optimierung der Rahmenbedingungen nicht rechtzeitig in Angriff zu nehmen. Die Schweiz ist wegen des hohen Exportanteils stark abhängig von exogenen Faktoren im Ausland.

Welche Trümpfe sind in Gefahr?

GEROLD BÜHLER: Wer lange erfolgreich ist, läuft Gefahr, nachlässig und selbstgefällig zu werden. Ich sehe hier eine Bedrohung mentaler Art. Politiker und Sozialpartner sollten erkennen, dass das Damoklesschwert Europa noch länger über uns hängen wird und es daher besonderer Anstrengungen bedarf.

Was heisst das in der Praxis?

GEROLD BÜHLER: In den letzten Sessionen hat es bezüglich der politischen Berechenbarkeit – einer der Trümpfe unseres Landes – vereinzelt Aufweichungstendenzen gegeben. Ein Beispiel ist die Unternehmenssteuerreform II. Kaum ist sie in Kraft, gibt es Motionen, die sie durchlöchern wollen. Auch in der Ausgabenpolitik sehen wir eine mangelnde Disziplin einkehren. Der Erfolg ist aber nicht in Stein gemeisselt.

Die Firmen diversifizieren immer mehr nach Asien. Sind wir bald immun gegenüber konjunkturellen Grippe in Europa?

GEROLD BÜHLER: Als ich noch in die Schule ging, exportierten wir 70 Prozent nach Europa, jetzt sind es nur noch 57 Prozent. Diese Diversifizierung wird und muss



«Seit der Einführung der 1.20-Franken-Grenze ist Berechenbarkeit und Planbarkeit eingekehrt.»

GEROLD BÜHLER

Seit November 2006 Präsident von *economiesuisse*. Von 1991 bis 2007 war er Mitglied des Nationalrats und gleichzeitig in verschiedenen Kommissionen aktiv. Er verfügt über ein abgeschlossenes wirtschaftswissenschaftliches Studium an der Universität Zürich (lic. oec. publ.) und hat mehrere Verwaltungsratsmandate inne, unter anderem Swiss Life und Georg Fischer. Seit 2008 ist er Mitglied des Bankrats der Schweizerischen Nationalbank. Gerold Bühler wird nach zwei erfolgreichen Amtsperioden als *economiesuisse*-Präsident sein Amt zur Verfügung stellen. Sein Nachfolger wird am 31. August 2012 gewählt.

weitergehen, weil Europa grosse strukturelle Probleme hat. Nichtsdestotrotz befinden wir uns im Herzen Europas und können diese Abhängigkeit nicht aus der Welt schaffen.

Bald existiert die Frankenuntergrenze der Nationalbank ein Jahr. Sehen Sie Grund zum Feiern?

GEROLD BÜHRER: Es ist ein Anlass zur Dankbarkeit. Ich mag mich sehr gut an den Dienstag, den 6. September, des letzten Jahres erinnern. Seither ist für die Wirtschaft eine bessere Planbarkeit eingekehrt.

Ist es schon fast gemütlich geworden?

PASCAL GENTINETTA: Nein, schon nicht. Auf Basis der Kaufkraftparität müsste der Kurs über 1.30 CHF/€ liegen. Wir haben mit 1.20 immer noch ein Handicap. Die Blessuren sind in verschiedenen Branchen sichtbar. Besonders Branchen mit einem hohen Wertschöpfungsanteil in der Schweiz wie der Tourismus, die nicht ausweichen können. Allerdings ergibt sich ein Teuerungsvorteil gegenüber der Eurozone, da wir generell eine tiefere Teuerung haben. Mit der Zeit hilft es, das Handicap zu verkleinern.

Was hat die Personenfreizügigkeit der Wirtschaft effektiv gebracht?

GEROLD BÜHRER: In Zahlen lässt sich das nicht auf die Kommastelle ausdrücken. Aber es steht fest, der Effekt auf das Wachstum und die Arbeitsplätze war positiv. Auch auf das Wachstum pro Kopf hat sich die Personenfreizügigkeit positiv ausgewirkt – es war nicht nur ein reines Mengenwachstum, wie Kritiker behaupten. Die Arbeitslosenquote liegt bereinigt um die höhere Beschäftigungszahl bei weniger als drei Prozent.

PASCAL GENTINETTA: Den Verdrängungseffekt auf dem Arbeitsmarkt hat es durch die Zuwanderung kaum gegeben.

Behebt die Zuwanderung den Arbeitskräftemangel?

PASCAL GENTINETTA: Wir müssen versuchen, noch stärker die Nachfrage mit Arbeitskräften aus dem Inland zu stillen. Die Wirtschaft ist voll dabei, die Fachkräfte im Inland noch besser zu erschliessen, zum Beispiel durch gut ausgebildete Frauen nach dem Mutterschaftsurlaub oder die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf einer liberalen Basis. Potenzial gibt es vor allem bei den älteren Generationen. Gut ausgebildeten Akademikern ist es zumutbar, deutlich länger zu arbeiten.

Wo sehen Sie die Grenze der Zuwanderung?

PASCAL GENTINETTA: Eine absolute Grenze gibt es nicht. Wir haben acht Millionen Einwohner und manchmal hat man das Gefühl, gewisse Grenzen seien gerade wegen der Zersiedelung erreicht. Wenn ich Holland anschau, dann leben dort doppelt so viele Menschen als in der Schweiz auf etwa der Hälfte der

Fläche. Und in Holland hat man nicht unbedingt das Gefühl, dass alles zubetoniert sei. Was machen wir bei uns falsch? Wir müssen uns verdichten und wo sinnvoll vermehrt in die Höhe entwickeln und dabei die begrenzte Natur schützen. Marktwirtschaftliche Instrumente sind dabei gefragt, sodass die Zuwanderung insgesamt erträglich ist.

Wieso würden Sie sich als US- oder asiatischer Unternehmer in der Schweiz niederlassen wollen?

GEROLD BÜHRER: Wenn ich das europäische Umfeld anschau, dann sprechen die folgenden Überlegungen für die Schweiz. Wir sind ein Land mit hoher Wettbewerbskraft und sozialer Stabilität. Länder dagegen, die finanziell aus den Fugen geraten sind, müssen immer wieder die Steuern erhöhen. Zudem fehlen die Mittel für zukunftsichernde Investitionen.

Reichen tiefe Steuern?

PASCAL GENTINETTA: Nein, es ist ein Bündel verschiedener Faktoren. Es geht zum Beispiel nichts ohne eine funktionierende Infrastruktur. Wir brauchen zudem gut ausgebildete Leute, und zwar nicht nur an der Spitze, sondern auch im Mittelbau. Und wir sind dank der bilateralen Verträge vernetzt mit Europa.

Wir sind so gut, dass wir uns mit anderen Ländern im Wirtschaftskrieg befinden, wie UBS-CEO Sergio Ermotti sagte. Wo stehen wir in diesem Krieg?

PASCAL GENTINETTA: Den einen oder anderen in Brüssel mag es stacheln, dass es dieses föderalistische, direktdemokratische Modell gibt – weil es eine Art Gegenmodell zur EU mitten im europäischen Kontinent ist. Aber die wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU sind intakt und für beide Seiten sehr erfolgreich. Wir sind der drittgrösste Exportmarkt der EU, wichtiger als Russland, Japan oder Indien. Wir sind für die EU ein Exportmotor.

Also kein Krieg?

PASCAL GENTINETTA: Es ist unbestritten, dass es unter Finanzplätzen einen Wettbewerb gibt. Hier versuchen gewisse Länder, mit Rahmenbedingungen ihre Position zu verbessern. Wir müssen uns auch entsprechend positionieren.

«Wenn man so erfolgreich ist wie die Schweiz, wird man in Europa nicht nur geliebt.»



«Die Blessuren sind in verschiedenen Branchen sichtbar.»

DR. PASCAL GENTINETTA

Seit dem 1. Oktober 2007 Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse, wo er bereits seit 1999 für die Finanz- und Steuerpolitik verantwortlich war. Pascal Gentinetta studierte Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an der Universität St. Gallen (HSG) und erwarb das Doktorat in Wirtschaftswissenschaften. Von 1996 bis 1999 arbeitete er als Ökonom für die Finanzierung von Infrastruktur-grossprojekten beim Eidgenössischen Finanzdepartement. Seit 2008 ist er Präsident der Energie-Agentur der Wirtschaft und Stiftungsratsmitglied des Klimarappens.

Wir sind auf der Verliererseite. Wir machen auf Weissgeld und verlieren mehr Geld als die Konkurrenzstandorte.

GEROLD BÜHRER: Wenn man so erfolgreich ist wie die Schweiz, wird man in Europa nicht nur geliebt. Das wird die nächsten Jahre kein Spaziergang werden. Deshalb ist es so wichtig, dass wir zu zentralen Prinzipien und Werten stehen. Für den Finanzplatz gilt: Ja, wir wollen eine Regularisierung der Altbestände. Wir sagen Ja zum Modell der Abgeltungssteuer. Es gewährleistet dem Steuersubjekt eine Wahlmöglichkeit.

Welche Wahl?

GEROLD BÜHRER: Der Kunde kann anonym bleiben und den fiskalischen Obulus in Zukunft via Abgeltungssteuer entrichten oder legt seine Konti offen und wird normal besteuert. Das gründet auf der schweizerischen Vorstellung des Verhältnisses Bürger-Staat. Für mich ist klar, dass wir die Abgeltungssteuerabkommen primär mit Ländern der EU schliessen. Wir können nicht Abgeltungssteuerabkommen mit irgendwelchen Ländern der Welt schliessen. Sehr wichtig scheint mir: Wir haben mit der Anerkennung der Amtshilfe gemäss OECD einen Schritt gemacht. Jetzt dürfen wir aber nicht über international bestehende Standards hinausgehen und uns zusätzlich schwächen.

Aber die Debatte über die Abkommen verunsichert die Anleger. Ist der Schweizer Finanzplatz noch berechenbar?

PASCAL GENTINETTA: Tatsächlich wurde durch verschiedene Verlautbarungen etwas an der Berechenbarkeit gekratzt. Dennoch gibt es über die Abgeltungsabkommen keine weiteren Preisgaben. Der automatische Informationsaustausch ist für uns ein No-Go. Wir sind überzeugt, dass das Schweizervolk dies auch so sieht.

Ein weiteres wichtiges Element für den Standort Schweiz ist die Innovation. Bei Ratings schneiden wir immer sehr innovativ ab. Reicht das?

GEROLD BÜHRER: Der Schweizer Forschungsstandort wird gefordert bleiben, weil China längst nicht mehr nur die Werkbank der Welt ist. Auch Schweizer Unternehmen forschen vermehrt im Ausland. Deshalb müssen der Forschungsetat und die Förderagentur des Bundes KTI einen langfristig berechenbaren, ausreichenden Rahmen haben. Zudem müssen wir vermehrt schon ab Primarschule die Jugend stärker für Naturwissenschaften sensibilisieren.

Das können Sie gut sagen, Sie haben beide keine Naturwissenschaften studiert.

GEROLD BÜHRER: Mein Berufsberater hat gesagt, ich sei in Richtung Ökonomie begabt und ich sei ungeeignet für komplexe Mathematik. Diesem Rat bin ich gefolgt.

PASCAL GENTINETTA: Ich muss gestehen, dass Chemie und Physik nicht meine Stärken waren. Immerhin habe ich von der klassischen Matura mit Griechisch und Latein zumindest den Sprung in die mathematisch geprägte Betriebs- und Volkswirtschaft geschafft.

Die MINT-Fächer sind einfach zu wenig attraktiv.

PASCAL GENTINETTA: Deshalb laufen begrüssenswerte Initiativen, um die Technik und Innovation mehr in die Schulen zu bringen. Freude an der Technik zu entwickeln, ist eine pädagogische Aufgabe.

Die Energiewende kommt auf die Unternehmen zu. Was fürchtet die Wirtschaft? Eine Stromlücke, hohe Preise oder Wettbewerbsnachteile?

«Wir haben grosse Sorge, dass die Machbarkeit der Energiewende überschätzt wird.»

GEROLD BÜHRER

GEROLD BÜHRER: Alle drei.

PASCAL GENTINETTA: Wir sind mit keiner Technologie verheiratet. Wenn man aber aus der Atomenergie aussteigen will, muss man vorgängig eine gleichwertige Alternative aufgebaut haben. Es muss aufgezeigt werden, was sich auf der Angebotsseite realistisch machen lässt. Nachfrageseitig setzen wir uns auf der Basis der bisherigen erfolgreichen Erfahrungen bei der Energieagentur der Wirtschaft nach wie vor dezidiert für mehr Stromeffizienz ein. Wir müssen das Maximum herausholen, was mit wirtschaftlichen Massnahmen machbar ist. Wenn dann trotzdem eine Lücke besteht, muss man die Strategie hinterfragen. Zu einem so wichtigen Entscheid wird sich auch die Schweizer Bevölkerung letztlich äussern müssen, aber in klarer Kenntnis aller relevanten Fakten.

Wo sehen Sie das Problem?

GEROLD BÜHRER: Wir haben grosse Sorge, dass die Machbarkeit der Energiewende überschätzt wird. Man sollte dem Volk reinen Wein einschenken über die Konsequenzen und auch den Mut haben darzulegen, wie vieles offen bleiben wird. Als der Bund den Atomausstieg letzten Mai aufs Tapet brachte, tat er so, als ob die klimapolitische Agenda bestehen bleibe. Dabei war von Beginn weg klar, dass man nicht aus der Atomenergie aussteigen kann ohne negativen Einfluss auf die Klimapolitik.

Sie befürworten Gaskraftwerke?

GEROLD BÜHRER: Ich bin auch nicht mit diesem Energieträger verheiratet. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit dürfen jedoch die Realitäten nicht ausgeblendet werden. Gaskraftwerke werden hier eine Rolle spielen müssen. Klar ist für mich im Weiteren, dass man die Bewilligungs- und die Einspracheverfahren bei den Wasserkraftwerken deutlich beschleunigen müsste, damit mehr aus der Wasserkraft herausgeholt werden kann. Klartext tut not!

Ohne Kompromisse kein Atomausstieg?

PASCAL GENTINETTA: Es geht nicht um Kompromisse Ja oder Nein, sondern das zu tun, was überhaupt innert nützlicher Frist mit den verfügbaren Mitteln zu bewerkstelligen ist. Jetzt kommen laufend neue Erkenntnisse heraus. Etwa, dass man doch

mehr Gaskombikraftwerke braucht als ursprünglich vorausgesetzt. Fest steht inzwischen, dass man bei der Wasserkraft doch weniger herausholen kann als geplant. Das ist nicht vertrauensbildend.

Aber am liebsten würden Sie die bestehenden AKWs noch länger am Netz haben?

GEROLD BÜHRER: Ja, da sind wir in Konsens mit dem Bundesrat. Die AKWs soll man so lange laufen lassen, wie sie sicher sind. Wenn in zehn oder 20 Jahren eine neue Technologie kommt, die erheblich weniger Risiken hat als die herkömmliche, dann darf es selbstverständlich keine Verbote auf Vorrat geben.

Ist der bilaterale Weg zu Ende?

GEROLD BÜHRER: Es gibt für mich weder staatspolitisch noch ökonomisch einen Grund, den bilateralen Weg an den Nagel zu hängen. Die Schweiz ist zum Föderalismus verdammt. Mit einer Vollmitgliedschaft in der EU würde der für den nationalen Zusammenhalt wichtige Föderalismus erheblich tangiert. Die aussenpolitische Zielsetzung der EU ist darüber hinaus nicht vereinbar mit unserem Neutralitätsprinzip. Die wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Resultate der EU sind zudem sehr ernüchternd. Die Schweiz tut gut daran, ihre Trümpfe zu behalten.

Wieso sind die Bilateralen keine Sackgasse?

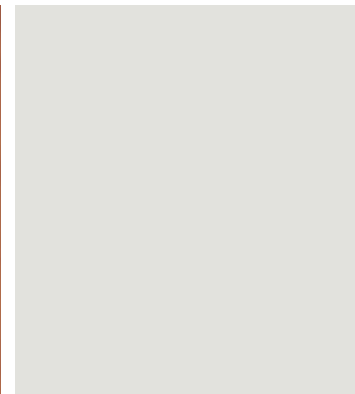
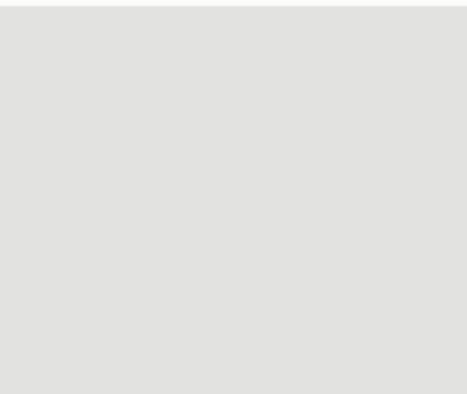
PASCAL GENTINETTA: Die Aussage «der bilaterale Weg am Ende» ist eine typische politische Wertung. Ich sehe die bilateralen Beziehungen als Haus; das Fundament ist das Freihandelsabkommen, auf den oberen Etagen befinden sich die Bilateralen I und II. Wenn wir sagen, wir gehen nicht weiter oder nur partiell, dann bedeutet das nicht, dass das Haus nicht da ist und nicht funktioniert. Wir bauen einfach nicht höher. Bei den gesamten bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU gibt es vielleicht bei einem Anteil im Promillebereich Probleme, die man aber lösen muss. Deshalb ist das Haus noch lange nicht abbruchreif.

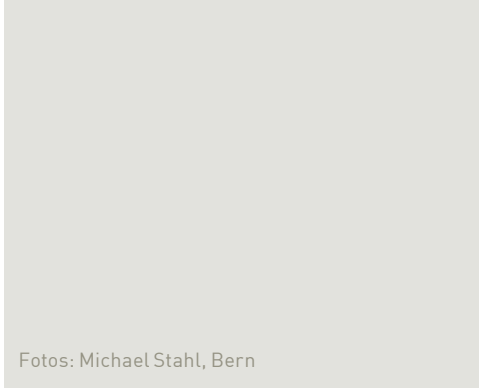
Herr Bührer, am 1. Oktober treten Sie als Präsident zurück. Was nehmen Sie als bleibende Erinnerung mit?

GEROLD BÜHRER: Das konstruktive Zusammenraufen aller massgeblichen Verbandsvertreter, als es im Frühling 2007 darum ging, die Strategie und Statuten zu reformieren. Dadurch wurde nicht nur der Austritt grösserer Mitglieder vermieden. Vielmehr gelang es auch, die Entscheidungsfindung in wichtigen Fragen zu verbreitern und damit die Geschlossenheit und Schlagkraft von economiesuisse zu stärken. In der Folge wurde denn auch die Mitgliederzahl stetig ausgeweitet. Im Weiteren hat mich besonders gefreut, dass in elf von zwölf massgeblichen Volksabstimmungen unsere Parole obsiegte.

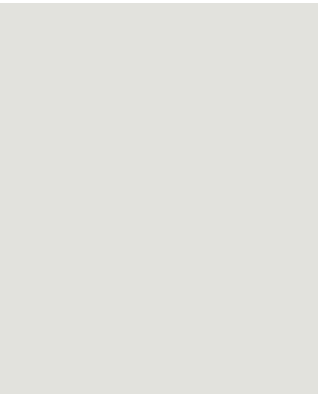
Fest verankert in der Schweizer Wirtschaft. Die Positionen, die economiesuisse unterstützt, sind breit abgestützt.

Die Strategie und die Aktivitäten von economiesuisse werden von der Schweizer Wirtschaft basisdemokratisch mitgetragen. Die Mitglieder und deren gewählte Vertreterinnen und Vertreter können ihre Anliegen direkt einbringen, wie in diesen Bildern zum Beispiel bei der Vorstandsausschuss- und Vorstandssitzung zu sehen ist.





Fotos: Michael Stahl, Bern



1 ALEARDO CATTANEO, CEO und Delegierter des Verwaltungsrats, Ferriere Cattaneo SA, Giubiasco **2** MICHAEL AGORAS, Country Manager Switzerland, Adecco Human Resources AG, Glattbrugg **3** DRS. HUUB SAVELKOULS, Vizepräsident, Fiscal Affairs & International Trade Philip Morris International Management SA, Lausanne **4** PH. OLIVIER BURGER, CEO, PKZ Burger-Kehl & Co. AG, Urdorf **5** CHRISTIAN CASAL, Direktor, McKinsey & Company, Inc. Switzerland, Zürich Flughafen **6** FRÉDÉRIC GEISSBÜHLER, Präsident, la Chambre neuchâtoise du commerce et de l'industrie, Vaumarcus **7** WALTER FREY, Präsident des Verwaltungsrats, Emil Frey AG, Zürich **8** DR. WERNER GEISSLER, COO, Procter & Gamble Company, Cincinnati **9** DR. ROLF DÖRIG, Präsident des Verwaltungsrats, Swiss Life AG, Zürich **10** JOST WIRZ, Ehrenpräsident, Wirz Gruppe, Zürich **11** DR. ROLF HARTL, Präsident, Erdöl-Vereinigung, Zürich **12** MAX THEODOR HERZIG, Präsident, VSIG Handel Schweiz, Basel **13** ALBERT KAUFMANN, General Counsel / Member of the Group's Management Committee, Richemont International SA, Bellevue **14** DR. OLE WIESINGER, CEO, Privatklinikgruppe Hirslanden, Zürich

Im Zeichen des harten Frankens. Wechselkursproblematik und Schuldenkrise bremsen 2012 die Schweizer Wirtschaft.



ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wirtschaftspolitik ist in erster Linie Ordnungspolitik im Sinne der Festlegung eines freiheitlichen institutionellen Regelwerks und eines innovationsfreundlichen Anreizsystems für Haushalte und Unternehmen. Dabei muss sich die nationale Wirtschaftspolitik stets im internationalen Standortwettbewerb bewähren.

Rückfragen: Prof. Dr. Rudolf Minsch
rudolf.minsch@economiesuisse.ch

Abbildung 1

Aussenhandel stark vom europäischen Konjunkturverlauf abhängig.



«Die SNB hat der Exportwirtschaft immerhin Planungssicherheit verschaffen können.»

PATRICK ODIER,
VIZEPRÄSIDENT ECONOMIESUISSE,
PRÄSIDENT SCHWEIZERISCHE
BANKIERVEREINIGUNG

Nationalbank zieht die Notbremse

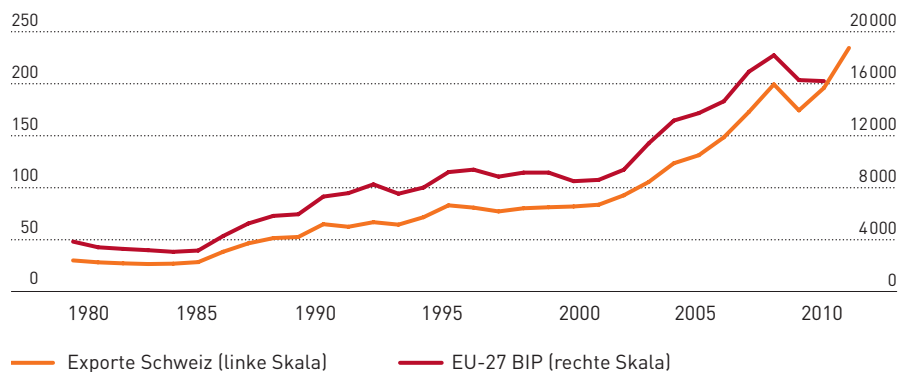
Bereits 2010 machte die Stärke des Frankens, insbesondere gegenüber dem Euro, den Unternehmen in der Schweiz arg zu schaffen. Die Verschuldungskrise in Griechenland, Spanien und weiteren Ländern der Eurozone brach aber erst im vergangenen Jahr voll aus und setzte die Wechselkurse noch stärker unter Druck. So stark, dass im August zwischen Franken und Euro faktisch Parität erreicht wurde. In dieser dramatischen Situation griff die Schweizerische Nationalbank (SNB) zu einer aussergewöhnlichen Massnahme: Sie setzte ein minimales Kursziel von 1.20 Franken pro Euro fest und verteidigt diese Untergrenze seither mit allen nötigen Mitteln. Zwar ist die Schweizer Landeswährung weiterhin überbewertet. Doch die SNB hat der Exportwirtschaft immerhin Planungssicherheit verschaffen können.

Wechselkurs behindert das Wachstum

Seit dem Sommer 2011 zeigt sich nun aber eine deutliche Verlangsamung des Wachstums in den wichtigsten Exportmärkten. Die Verschuldungssituation in der Eurozone hängt weiterhin wie ein Damoklesschwert über der Weltwirtschaft. Nachdem das Wachstum in den peripheren Ländern Europas eingebrochen ist, schwächeln mittlerweile auch grosse Nationen wie Italien, Frankreich und Grossbritannien. Positiv für die Schweizer Wirtschaft ist immerhin, dass sich die deutsche Wirtschaft deutlich besser schlägt. Dennoch kann sich die Schweiz der Abwärtsspirale nicht völlig entziehen. Die schwache Nachfrage in Teilen Europas und der Wechselkurs drücken aufs Wachstum. Dies zeigte sich im zweiten Halbjahr 2011, indem das Wachstum deutlich tiefer ausfiel als im guten ersten Halbjahr. Insgesamt wuchs die Schweizer Wirtschaft 2011 um 1,9 Prozent.

Warenexporte

In Milliarden US-Dollar



Quelle: Thomson Reuters Datastream.

Export und Tourismus müssen kämpfen

economiesuisse rechnet nicht damit, dass die Herausforderungen für die Schweizer Industrie in naher Zukunft abnehmen. Die Verschuldungsproblematik in Europa ist eine Langzeitbaustelle und die Instabilität des europäischen Bankensektors kann auch durch die Verschärfung der Regulierungen (Basel III) nicht zügig behoben werden. Die Unsicherheiten halten an, die Sparanstrengungen der öffentlichen

Haushalte nehmen zu. All dies belastet das Wirtschaftswachstum: Die Eurozone dürfte 2012 stagnieren, und auch in der Schweiz wird sich das Wachstum spürbar verlangsamen.

Die Liste jener Schweizer Branchen, die sogar mit negativen Wachstumsraten rechnen, ist lang. Besonders klassische Exportbranchen wie die Metall-, die Maschinen-, die Textil-, die Nahrungsmittel- und die Papierindustrie kämpfen mit einem Wertschöpfungsrückgang. Etwas besser ergeht es der chemisch-pharmazeutischen Industrie, doch auch sie ist gefordert: Neben der Frankenstärke machen sich hier die Sparanstrengungen vieler Staaten negativ bemerkbar. Besonders herausfordernd ist die Situation für den Tourismus, der mit seiner hohen Kostenbasis in Schweizer Franken kaum reagieren kann. Auch das stagnierende bis sinkende verfügbare Einkommen in der Eurozone dämpft die Nachfrage nach touristischen Dienstleistungen.

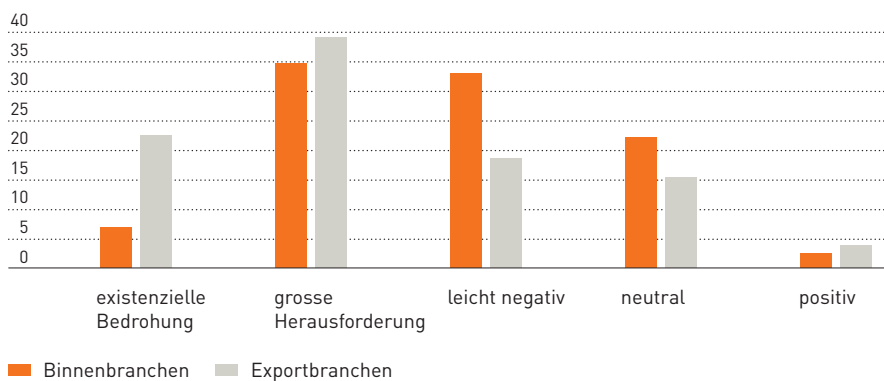
Bauwirtschaft stützt Konjunktur

Die schwierige Situation der Exporteure belastet auch deren Zulieferer (wie Verpackungen, Grosshandel) und führt zu einer Reduktion von Dienstleistungen für Unternehmen (Kommunikation, Werbung usw.). Die notwendigen Anpassungsprozesse verstärken sich derzeit quer durch die gesamte Wirtschaft. 2012 stellt deshalb auch für Teile der Binnenwirtschaft ein Jahr der Transformation dar, in dem die Unternehmen sich durch unterschiedliche Strategien an die neuen Verhältnisse anpassen. Die Wirtschaft muss durch Effizienzsteigerungen Kosten einsparen und wertschöpfungsintensive Tätigkeiten ausbauen.

Trotzdem wirkt der Binnenmarkt insgesamt als Konjunkturstütze. Einerseits stabilisieren die leicht gestiegenen Reallöhne und die anhaltende Zuwanderung den privaten Konsum. Andererseits wird in der Schweiz weiterhin sehr viel gebaut. So viel, dass sich jene Stimmen mehren, die vor dem Platzen einer Immobilienblase warnen. Noch gibt es dafür aber keine konkreten Anzeichen: Zwar nimmt der gewerbliche Bau ab, der Wohnungsbau wächst jedoch weiterhin robust.

Auswirkungen eines stark überbewerteten Franken gegenüber dem Euro

In Prozent der Firmen in Branche



Quelle: economiesuisse, Branchenumfrage 11. bis 17. August 2011.



«Die Frankenstärke, verbunden mit einem massiven Preisdruck einerseits und hohen Kosten andererseits, ist für den Tourismus als standortgebundene Exportbranche eine besondere Herausforderung.»

GUGLIELMO L. BRENZEL,
 PRÄSIDENT HOTELLERIESUISSE

Abbildung 2

Export- und Binnenbranchen sind negativ betroffen.

Aussenwirtschaftspolitik muss an Stellenwert gewinnen. Schweizer Unternehmen brauchen Verbesserungen beim Marktzugang und bei den Rahmenbedingungen im Inland.



AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Die global ausgerichtete Schweizer Wirtschaft ist auf einen diskriminierungsfreien Marktzugang sowie den Schutz ihrer Investitionen im Ausland angewiesen. Die Verfolgung und Verwirklichung ausenwirtschaftlicher Interessen muss das zentrale Element der Aussenpolitik sein.

Rückfragen: Dr. Jan Atteslander
jan.atteslander@economiesuisse.ch



«Die Schweiz muss dem Sirenengesang des Protektionismus widerstehen.»

DR. RUDOLF WEHRLI,
PRÄSIDENT
AUSSENWIRTSCHAFTSKOMMISSION,
VERWALTUNGSRATSPRÄSIDENT
CLARIANT AG



Den Abschottungstendenzen entgegenwirken

Als Nachwirkung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise versuchen immer mehr Staaten, ihre Märkte abzuschotten. Sie schaffen technische Handelshemmnisse, führen Klauseln für den Kauf heimischer Produkte ein, behindern Investitionen oder subventionieren ihre Exporteure. Gemäss einer Studie der Universität St. Gallen sind davon rund drei Prozent der Schweizer Exporte direkt und über 50 Prozent indirekt negativ betroffen. Bei indirekten Handelshemmnissen ermöglicht das verursachende Land seinen Unternehmen mittels Staatsbeihilfen günstigere Exporte, wodurch Schweizer Unternehmen auf Drittmärkten benachteiligt werden. Die Schweiz muss jedoch dem Sirenengesang des Protektionismus widerstehen – im heutigen Umfeld der globalisierten Wertschöpfungsketten würde er der Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Firmen schaden. Stattdessen sollte unser Land weiterhin auf die Karte multi- und bilaterale Handelsliberalisierung setzen.

Freihandelsabkommen stärken Wettbewerbsfähigkeit

Ein erfolgreiches Instrument, unseren Unternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Absatzmärkten zu ermöglichen, sind bilaterale Freihandelsabkommen. Die Schweiz hat bis heute 28 solcher Abkommen geschlossen. Im Vordergrund stehen Abkommen mit wichtigen Wachstumsmärkten wie Indien, China, der Zollunion Russland-Weissrussland-Kasachstan und aufstrebenden asiatischen Märkten wie Vietnam, Malaysia und Indonesien. Dabei muss der Zugang mindestens so gut wie jener für die wichtigsten ausländischen Konkurrenten sein. Bedeutend sind umfassende Abkommen, die neben der Liberalisierung des Warenhandels auch Dienstleistungen, Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen, den Schutz des geistigen Eigentums und den Wettbewerb abdecken. Auch mit Ländern wie den USA oder Brasilien sind Verbesserungen beim Marktzugang von strategischer Bedeutung. Als Nachteil in den Verhandlungen mit diesen neuen Partnern fällt die defensive Haltung der Schweiz bei der Marktöffnung für Agrargüter immer stärker ins Gewicht und schadet so der gesamten Exportwirtschaft.

Zollverfahren vereinfachen

Seit Mitte 2011 können sich Schweizer Firmen als AEO (Authorized Economic Operator) zertifizieren. Im Vordergrund muss nun die gegenseitige Anerkennung dieses Status mit Nicht-EU-Staaten wie den USA stehen. Im Durchschnitt fallen für jedes Unternehmen mehrere Tausend Zolldeklarationen pro Jahr an. Jede einzelne verursacht Kosten. In der Schweiz begleitet economiesuisse das Projekt zur Überarbeitung der Zollveranlagungsprozesse (ZVP) eng mit dem Ziel, die Verfahren weiter zu vereinfachen.

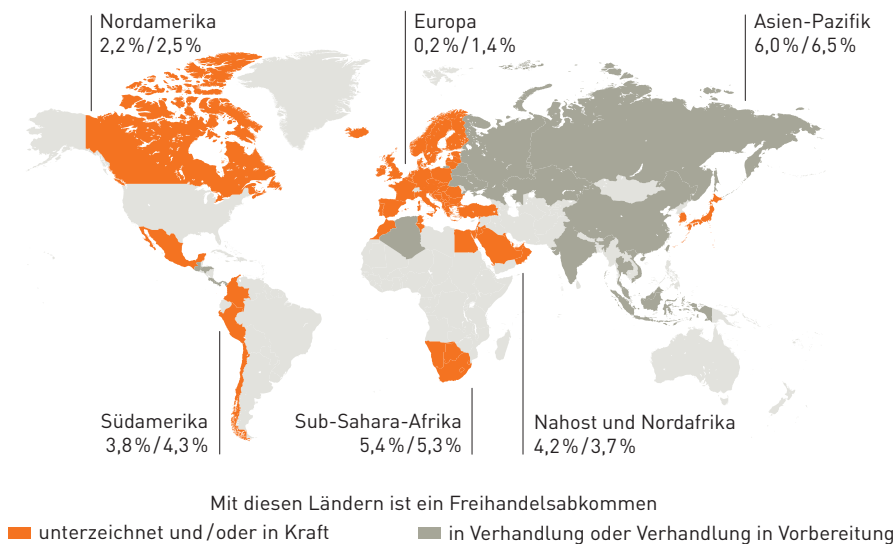
40 Jahre Freihandelsabkommen Schweiz – EU

Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Und umgekehrt ist die Schweiz nach den USA und China der drittgrösste Kunde der EU. 2012 feierten die Schweiz und die EU das 40-Jahr-Jubiläum ihres Freihandelsabkommens. Es bildete den Grundstein für einen erfolgreichen bilateralen Weg. economiesuisse und BUSINESSEUROPE lancierten zum Jubiläum eine Broschüre mit Beiträgen verschiedener Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft über die gemeinsamen Herausforderungen. Für beide Seiten steht fest, dass gute Beziehungen und verlässliche Rahmenbedingungen unerlässlich bleiben. Die Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen im Bereich des gegenseitigen Marktzugangs wird von der

EU-Kommission jedoch von institutionellen Anpassungen abhängig gemacht. Aus Sicht der Schweiz sind pragmatische Lösungen anzustreben, die die Kriterien autonome Rechtsübernahme, Rechtssicherheit, Mitsprache und paritätische Streit-schlichtung erfüllen. Auch BUSINESSEUROPE, der europäische Wirtschaftsdach-verband, befürwortet klar ein pragmatisches Vorgehen im Verhältnis zur Schweiz.

Wachstum

BIP-Wachstumsprognose 2012/2013



Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft, IMF.

Bewährte Abkommen

Der bilaterale Weg hat sich für die Schweiz mehr als bewährt. So dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein dank der Personenfreizügigkeit um vier bis fünf Milliarden Franken gestiegen sein. In vielen Bereichen ist die Schweizer Wirtschaft auf gutes Personal aus dem EU-Raum angewiesen. Der Ausbau der flankierenden Massnahmen wird dafür sorgen, dass es auch weiterhin nicht zu einer Senkung der Inlandlöhne kommt. Die 2011 von der SVP lancierte Volksinitiative gegen Masseneinwanderung wird von der Wirtschaft klar abgelehnt, da sie mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen nicht vereinbar ist. Eine Annahme der Initiative hätte die Kündigung des gesamten bilateralen Vertragspakets I zur Folge.

Die Wirtschaft unterstützt bilaterale Abkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich, im Chemikalienrecht und beim Stromhandel. Im Steuerbereich gilt es, die Souveränität der Schweiz zu bewahren und erforderliche Reformen autonom und im Eigeninteresse voranzutreiben. Trotz grosser wirtschaftlicher Bedeutung des Dienstleistungssektors behindern noch immer hohe Barrieren den gegenseitigen Marktzugang. Ein umfassendes Dienstleistungsabkommen bedingt jedoch einen grossen bürokratischen Aufwand und wird deshalb im Moment abgelehnt. Eine Verbesserung des gegenseitigen Marktzugangs für Finanzdienstleistungen wäre dagegen prüfenswert.

Abbildung 3

Die Schweiz verfügt über ein dichtes Netz von Freihandelsabkommen, das weiter ausgebaut werden soll.



«Die Schweizer Wirtschaft ist auch weiterhin auf gutes Personal aus der EU angewiesen.»

CHRISTOPH MÄDER,
 VIZEPRÄSIDENT ECONOMIESUISSE,
 PRÄSIDENT SCIENCEINDUSTRIES

Gefragt ist eine vorausschauende Steuerpolitik. Die Steuersysteme der Industrieländer befinden sich im Umbruch. Zur Verteidigung der Standort- attraktivität sind auch in der Schweiz Reformen nötig.



STEUERN

Im internationalen Vergleich ist die Steuerbelastung in der Schweiz moderat. Dieser Standortvorteil darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Um international an der Spitze zu bleiben, muss die Schweiz die zur Verfügung stehenden Freiräume nutzen und die steuerlichen Rahmenbedingungen laufend optimieren.

Rückfragen: Urs Furrer
urs.furrer@economiesuisse.ch

Die anhaltend hohen Defizite und Schulden vieler Industriestaaten führten zu teilweise bedeutenden Steuererhöhungen. Dabei wurden insbesondere die indirekten Steuern wie die Mehrwertsteuer und in geringerem Masse die Einkommenssteuern angehoben. Demgegenüber sorgt bei den Unternehmenssteuern der internationale Wettbewerb trotz vereinzelter Ausnahmen weiterhin für eine tendenziell tiefe steuerliche Belastung von Gewinnen. Gleichzeitig ist der Druck auf wettbewerbsfähige Wirtschaftsstandorte noch intensiver geworden. Die Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft ohne natürliche Ressourcen ist besonders auf ein attraktives Steuerklima angewiesen.

Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz bewahren

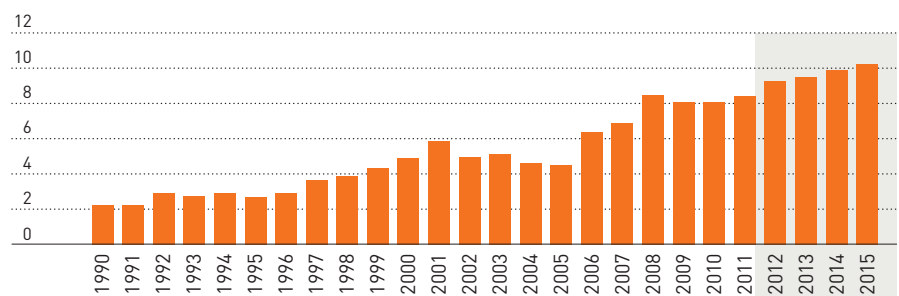
Eine moderate Steuerbelastung ist eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung des Wohlstands und der Arbeitsplätze in der Schweiz. Als global ausgerichteter Unternehmensstandort muss sich unser Land besonders darum bemühen, Wettbewerbsvorteile zu verteidigen und zu festigen. Internationale Entwicklungen müssen gut im Auge behalten werden. Die internationale Akzeptanz eines Steuerstandorts ist für das langfristige Vertrauen von Investoren mitentscheidend. Vor dem Hintergrund des Drucks der EU auf gewisse Aspekte der Besteuerung von Unternehmen in der Schweiz sind deshalb Reformen und Verbesserungen notwendig. Und weil sich der Standortwettbewerb weiter verschärft und Unternehmen in der Schweiz angesichts des starken Frankens und der schwachen Konjunktur in Europa unter grossem Druck stehen, ist die Entlastung der Unternehmen auch für die Binnenwirtschaft von Bedeutung. Die Abgeltungssteuer ist zur Beilegung des Steuerstreits im Finanzbereich eine pragmatische Lösung. Sie schützt das Bankgeheimnis und die Rechtssicherheit und hat für alle Beteiligten gegenüber dem automatischen Informationsaustausch klare Vorteile.

Abbildung 4

Die Einnahmen der Gewinnsteuer haben sich seit 1990 vervierfacht.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Bundes (1990 bis 2015)

Erträge aus direkter Bundessteuer (juristische Personen), in Milliarden Franken



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung, EFV.

Vergangene Steuerreformen waren ein Erfolg

Steuerreformen zahlen sich nicht nur für die Unternehmen und den Wirtschaftsstandort aus, sondern auch für die öffentliche Hand. Das zeigt die Entwicklung der Einnahmen. Mit der Unternehmenssteuerreform II wurde die wirtschaftliche Doppelbelastung reduziert (Teilbesteuerung von Dividenden) sowie eine investitions-hemmende Doppelbesteuerung von Eigenkapital behoben (Wechsel vom Nennwert- zum Kapitaleinlageprinzip). Mit der Einführung des Kapitaleinlageprinzips

ist die verfassungswidrige Besteuerung der Rückzahlung von Einlagen und Aufgeldern an Gesellschafter oder Genossenschafter abgeschafft worden. In anderen Staaten werden solche Kapitalrückzahlungen ebenfalls nicht besteuert. Für den Bund dürfte diese sachlich unbestrittene Reform unter dem Strich zu keinen nennenswerten Mindereinnahmen führen – sie hat sogar zum Zuzug neuer Unternehmen geführt und damit für neues Steuersubstrat gesorgt.

Ein steigender Anteil der Steuereinnahmen wird von den Unternehmen entrichtet. Insgesamt ist dieser in den letzten 25 Jahren von 17 auf 22 Prozent angewachsen, und auch für die laufende Legislatur rechnet der Bundesrat beispielsweise bei der Verrechnungssteuer mit bedeutenden Mehreinnahmen. Gleichzeitig wird bei der Gewinnsteuer der Unternehmen weiterhin mit einem sehr starken Wachstum gerechnet. Seit 1990 sind die Einnahmen aus dieser Steuer stark überproportional, nämlich um den Faktor 2 gewachsen. Damit haben die Unternehmenssteuerreformen I und II zu keinem Einnahmehinbruch geführt, im Gegenteil. Steuerreformen für natürliche Personen führen hingegen eher zu Mindereinnahmen, sofern sie nicht neues Steuersubstrat anziehen und das Wirtschaftswachstum fördern. Entlastungen für natürliche Personen sind berechtigt. Für den Erhalt der Attraktivität des Unternehmensstandorts sind in der nächsten Zeit Reformen im Bereich der Unternehmensbesteuerung aber dringender.

Steuerreformen auf Bundesebene seit 2008

Entlastung in Millionen Franken (direkte Bundessteuer)

2008	Reform der Ehepaarbesteuerung Einführung eines Ehepaarabzugs Erhöhung des Abzugs für Doppelverdiener	480
2008	Unternehmenssteuerreform II Teilsatzbesteuerung Dividenden (in Kraft seit 2009) Tiefere Besteuerung der Liquidationsgewinne (2011) Einführung des Kapitaleinlageprinzips (2011)	180
2011	Familiensteuerreform Einführung eines Elterntarifs Fremdbetreuungsabzug von maximal 10 000 Franken	520
2011	Ausgleich der kalten Progression Jährliche Anpassung der Tarifstufen und der Abzüge an die Teuerung	450
geplant	Abschaffung der Heiratsstrafe Beseitigung der Schlechterstellung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren	900 – 1300
	Total	2530 – 2930

Quelle: Eidgenössisches Finanzdepartement, EFD.

Unternehmen brauchen gute und rechtssichere Rahmenbedingungen

Angesichts der aussenpolitischen Herausforderungen im Steuerbereich und des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds (Frankenstärke, Schuldenkrise) sind Massnahmen zur Stärkung des Steuerstandorts dringend nötig. Es wäre vor diesem Hintergrund falsch, andere Ziele in den Vordergrund zu stellen und beispielsweise eine grundlegende Veränderung des Steuersystems nach ökologischen Kriterien umzusetzen. Dies wäre mit zahlreichen Unsicherheiten und – je nach Branche – enormen Zusatzlasten verbunden. Unternehmen sind heute jedoch mehr denn je auf Rechtssicherheit, Stabilität und steuerliche Entlastungen angewiesen.



«Die Schweiz ist als kleines Land mit offener Volkswirtschaft auf ein attraktives Steuerklima angewiesen.»

DR. THOMAS STAEHELIN,
 PRÄSIDENT FINANZ- UND
 STEUERKOMMISSION,
 PRÄSIDENT HANDELSKAMMER
 BEIDER BASEL

Abbildung 5

Aktuelle und geplante Steuerreformen im Umfang von über 2 Milliarden Franken.



«Die Unternehmenssteuerreform II hat bereits zum Zuzug neuer Unternehmen geführt.»

HANS HESS,
 VIZEPRÄSIDENT ECONOMIESUISSE,
 PRÄSIDENT SWISSMEM

Die Finanzpolitik der Zukunft wird anspruchsvoller. Die Bundesfinanzen stehen am Wendepunkt. Gefragt ist eine zurückhaltende Ausgabenpolitik mit gezielten Prioritäten.



FINANZEN

Um Steuererhöhungen und eine weitere Verschuldung zulasten künftiger Generationen zu vermeiden, muss der Bund eine massvolle Ausgabenpolitik auf Basis der Schuldenbremse betreiben. Strukturreformen, namentlich im Sozialbereich, sind unerlässlich.

Rückfragen: Urs Furrer
urs.furrer@economiesuisse.ch

Abbildung 6

Die Bundesfinanzen befinden sich am Wendepunkt. Ab 2013 drohen wieder hohe Defizite.



«Die AHV und die IV müssen nach ihrer strukturellen Sanierung mit einer Art Schuldenbremse im finanziellen Gleichgewicht gehalten werden.»

VALENTIN VOGT,
PRÄSIDENT SCHWEIZERISCHER
ARBEITGEBERVERBAND

Die Lage der Bundesfinanzen gilt heute als relativ komfortabel. Der Bund erwirtschaftet seit Jahren Überschüsse, konnte auch in der jüngsten Wirtschaftskrise Defizite vermeiden und seine rekordhohen Schulden seit 2005 substanziell abbauen. Dieser Abbau war unter anderem dank des starken Wirtschaftswachstums möglich, das zu deutlich höheren Einnahmen geführt hat. Gleichzeitig stellte die im Jahr 2003 eingeführte Schuldenbremse die Haushaltsdisziplin sicher. Sie verhinderte nicht nur neue Defizite, sondern führte auch zu strukturellen Anpassungen und Überschüssen in der Hochkonjunktur.

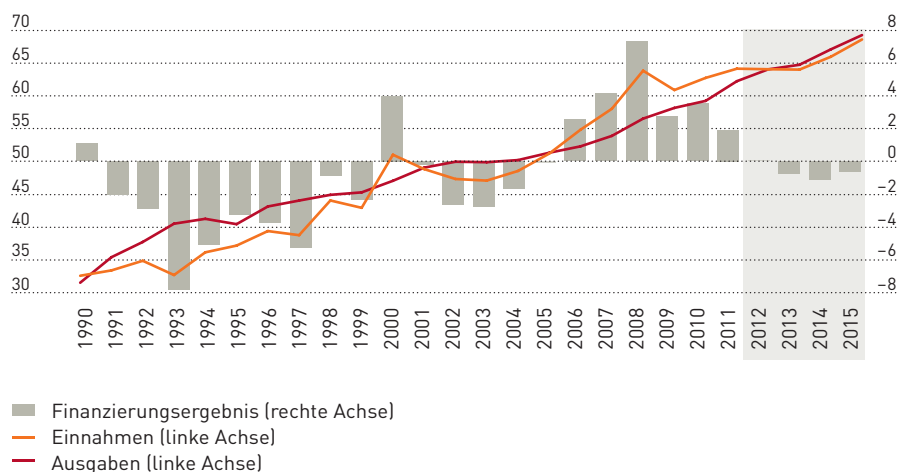
Die finanzpolitische Zukunft sieht jedoch anspruchsvoller aus. Sowohl bei der Grobsteuerung als auch in der jährlichen Feinabstimmung werden die Herausforderungen zunehmen. Vier Handlungsfelder zeichnen sich ab.

Sicherung des Haushaltsgleichgewichts

Das Haushaltsgleichgewicht ist eine zwingende Vorgabe der Schuldenbremse. Seine Sicherung könnte in den kommenden Jahren schwieriger werden. Zum einen setzt das angespannte wirtschaftliche Umfeld der Einnahmentwicklung Grenzen. Zum andern drohen bei den Ausgaben Überlastungen, die ein neues Konsolidierungsprogramm erfordern könnten. Aus beiden Perspektiven ist eine Lockerung der Schuldenbremse kein Ausweg. Sie hat eine hohe Legitimation wie kaum ein anderes Instrument des Bundes und gilt auch international als Vorbild. Anpassungen würden dieses erfolgreiche Modell schwächen und werden von economiesuisse abgelehnt. Eine massvolle Ausgabenpolitik ist die bessere Lösung.

Entwicklung des Bundeshaushalts (1990 bis 2015)

Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungsergebnis, in Milliarden Franken



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung, 2012, Legislaturfinanzplan 2013–2015.

Sicherstellung der Haushaltsqualität

Aufgabenerweiterungen, wie sie in letzter Zeit vom Parlament mehrfach beschlossen wurden, schaffen nicht nur Finanzierungsprobleme – sie führen auch zu Gewichtverschiebungen im Bundeshaushalt. Das Instrument, um ausgabenpoliti-

sche Prioritäten festzulegen, ist die Aufgabenüberprüfung. Der Bundesrat hat mit der Festlegung von Zielwachstumsraten solche Prioritäten gesetzt und wird die entsprechenden Werte in dieser Legislatur aktualisieren. Aufgaben mit positiver Wirkung auf Wachstum und Wohlstand sollen noch stärker berücksichtigt werden. Die Prioritäten helfen zudem, spätere breitflächige Budgetkorrekturen als Antwort auf Ungleichgewichte zu vermeiden. Das Parlament hat jüngst seine Unterstützung für die Aufgabenüberprüfung bekräftigt.

Schaffung von Handlungsspielräumen

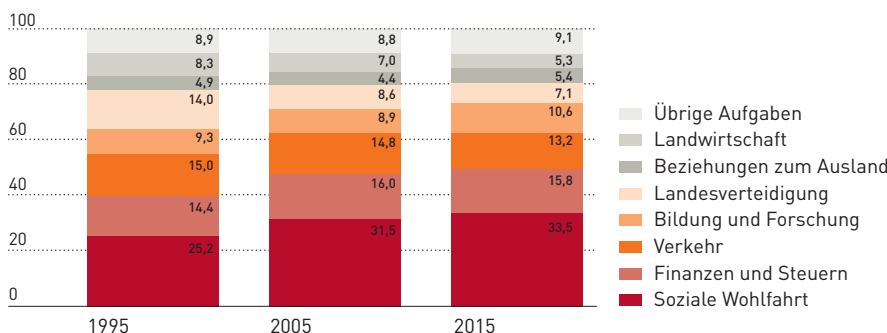
Wichtig ist, dass Handlungs- und Gestaltungsspielräume geschaffen und gezielt genutzt werden. Wenn heute finanzpolitische Spielräume entstehen – wie jüngst dank Einsparungen bei den Passivzinsen als Folge des Schuldenabbaus –, gehen sie durch Mehrausgaben sogleich wieder verloren. Ausgabentreiber wie die Sozialversicherungen und der Gesundheitsbereich führen zu einem fortlaufenden Verdrängungsprozess. Nur mittels Strukturreformen kann dieser stete Ausgabendruck gebremst und Raum für die Lösung von wichtigen Problemen geschaffen werden. Im Vordergrund steht für die Wirtschaft die internationale Standortattraktivität der Schweiz, die durch gezielte Massnahmen im Steuerbereich erhalten werden muss. Reformen betreffen aber grundsätzlich das gesamte Aufgabenspektrum des Bundes, auch wenn finanzpolitisch die Bereiche Soziale Wohlfahrt, Verkehr, Verteidigung und Landwirtschaft im Zentrum stehen. Bei der Entwicklungshilfe soll das Ausgabenwachstum auf ein haushaltsverträgliches Mass gesenkt werden.

Stabilisierungsregel (Schuldenbremse) für AHV und IV

Während der Bundeshaushalt gegen eine Neuverschuldung weitgehend abgesichert ist, trifft das für die AHV und die IV, die grössten Sozialversicherungen des Bundes, nicht zu. Um die IV nach der strukturellen Sanierung finanziell auf Kurs zu halten, fordert die Wirtschaft auch hier Sicherungsmechanismen. Im Rahmen der IV-Revision 6b wird eine entsprechende Stabilisierungsregel diskutiert, und für die AHV sind analoge Vorstösse überwiesen worden. Eine Stabilisierungsregel bietet Gewähr, dass notwendige Reformen rechtzeitig angegangen und finanzielle Einbrüche vermieden werden. Die strukturelle Reform der AHV gehört auch finanzpolitisch zu den wichtigsten langfristigen Herausforderungen des Bundes.

Entwicklung der Ausgabenstruktur (1995 bis 2015)

Anteil der Aufgabenbereiche an den Gesamtausgaben, in Prozent



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung, 2012, Legislaturfinanzplan 2013–2015.



«Finanzpolitische Reformen sind vor allem in der sozialen Wohlfahrt, beim Verkehr, der Verteidigung und der Landwirtschaft notwendig.»

OLIVIER STEIMER,
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS
 BANQUE CANTONALE VAUDOISE

Abbildung 7

Jeder dritte Franken wird für die soziale Wohlfahrt ausgegeben.

Hervorragende Infrastrukturen sind zentral für die Schweiz. In Zukunft braucht es mehr Wettbewerb und eine verursachergerechte Finanzierung.



INFRASTRUKTUR

Zu den Infrastrukturen zählt neben dem Verkehr auch die Versorgung mit Telekommunikations- und Postdienstleistungen. Gut unterhaltene und funktionierende Infrastrukturen sind eine Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft und ein entscheidender Standortfaktor.

Rückfragen: Kurt Lanz
kurt.lanz@economiesuisse.ch



«Die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes hat zu einem florierenden Angebot und sinkenden Preisen geführt.»

DR. HANSPETER RENTSCH,
PRÄSIDENT INFRASTRUKTURKOMMISSION,
MITGLIED DER KONZERNLEITUNG
THE SWATCH GROUP LTD

Moderne und leistungsfähige Infrastrukturen sind für Gesellschaft und Wirtschaft von grösster Bedeutung. Denn sie ermöglichen erst den Austausch von Gütern, Personen, Informationen und Energie. Heute steht die Schweizer Infrastrukturpolitik vor zahlreichen Herausforderungen – economiesuisse hat deshalb für den neuen Infrastrukturbericht drei Kernforderungen erarbeitet, die für alle Sektoren gelten und die Schweiz an die Spitze bringen sollen.

Effiziente Lösungen durch funktionierenden Wettbewerb

Die Produktivität der Schweizer Volkswirtschaft kann durch die Liberalisierung der Sektoren Verkehr, Post, Telekommunikation und Energie erhöht und der Wohlstand gesteigert werden. Denn die Liberalisierung fördert den Wettbewerb, wodurch neue Anbieter in den Markt eintreten und bestehende Unternehmen herausfordern können. Die Konkurrenzsituation spornt Firmen an, ihre Produkte laufend zu verbessern und damit den Grundstein für Innovationen, Investitionen und nachhaltiges Wachstum zu legen.

Marktpreise statt politisch verzerrter Tarife

Der Preis vermittelt die zentrale Information über das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage und sorgt für eine effiziente Verteilung der Ressourcen. Auch bei den Infrastrukturen muss die Nutzung auf richtigen Preissignalen basieren. Im Grundsatz soll die Finanzierung von Bau, Betrieb und Unterhalt deshalb über Marktpreise erfolgen. Herrscht Kostenwahrheit, so wird die Infrastruktur nur dann in Anspruch genommen, wenn das Verhältnis zwischen Preis und Nutzen stimmt. Erfolgt die Finanzierung hingegen wie heute zu einem grossen Teil über Steuermittel, werden falsche Anreize gesetzt und die Kosten gehen zulasten der Allgemeinheit.

Neue Modelle für den Service public

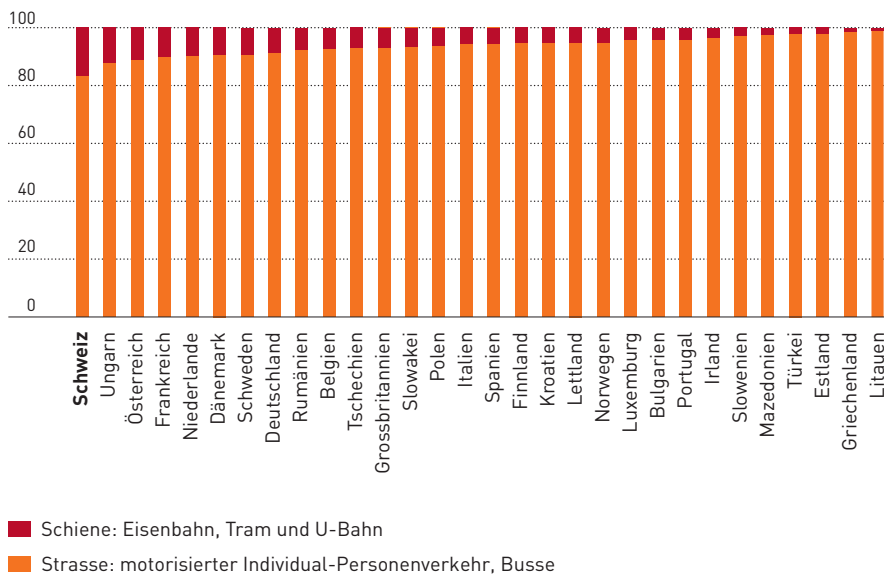
Infrastrukturdienstleistungen sollten – wie bei anderen Gütern und Dienstleistungen üblich – weitgehend von privaten Unternehmen bereitgestellt werden. Erst wenn der Markt eine bestimmte Grundversorgung nicht oder nicht in der gewünschten Menge gewährleistet und eine politische Mehrheit eine flächendeckende Versorgung will, kann der Staat dafür sorgen, diese Grundversorgung in allen Regionen oder für alle Bevölkerungsschichten zu gleichen Bedingungen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen (Service public).

Die VCS-Initiative zementiert die heutigen Probleme

In der aktuellen Legislatur wird vor allem die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur ein zentrales Thema sein. Nach wie vor wird auf der Strasse der grösste Anteil der Verkehrsleistung (rund 80 Prozent) erbracht (siehe Abbildung 8). Dies widerspiegelt sich allerdings nicht in den Finanzen: Denn die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden für den öffentlichen Verkehr und den Strassenverkehr halten sich in etwa die Waage.

Modalsplit im Landespersonenverkehr

Zurückgelegte Personenkilometer in ausgewählten Ländern, in Prozent, 2008



Quelle: Bundesamt für Statistik, 2010, Eurostat, 2012.

Die VCS-Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» will nun weitere Strassengelder in die Schieneninfrastruktur umleiten. Der Bundesrat hat mit der Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) einen direkten Gegenentwurf vorgelegt – neben Finanzierungsvorschlägen enthält dieser auch konkrete Ausbauprojekte in verschiedenen Tranchen. Weiter sollen die heutigen Finanzmittel des Fonds für Eisenbahngrossprojekte teilweise unbefristet einem neuen Bahninfrastrukturfonds zukommen, was zu einer Zementierung der bestehenden (bis anhin allerdings befristeten) Querfinanzierung führt. Fakt ist, dass der steigende Mittelbedarf der Strasse dies nicht erlaubt. Zudem fehlt eine finanzielle Langfristperspektive für den Strassenverkehr, die der nötigen Engpassbeseitigung gerecht wird.

Finanzpolitisch gesehen ist eine Fondslösung für economiesuisse lediglich eine «Second-best-Variante». Zwar ist die Mittelkonkurrenz zwischen einmaligen und laufenden Ausgaben positiv, aber unbefristete Lösungen müssen verhindert werden. Im Falle einer Fondslösung müssen neben der zeitlichen Befristung die vom Bundesrat in Aussicht gestellten strikten Bedingungen (keine weitere Verschuldung, Rückzahlung und Verzinsung der FinöV-Schulden und Anwendung der Schuldenbremse) unter allen Umständen eingehalten werden. Die von der Landesregierung vorgeschlagene Pauschalierung des Pendlerabzugs und weitere Steuererhöhungen zugunsten des öffentlichen Verkehrs lehnt economiesuisse ab. Mehr beitragen müssten vielmehr die Bahnnutzer: Nach wie vor tragen sie nicht einmal 25 Prozent der Kosten für Betrieb und Unterhalt.

Abbildung 8

Schweizer Eisenbahnen sind im europäischen Vergleich gut positioniert.



«Leistungsfähige Infrastrukturen ermöglichen erst den Austausch von Gütern, Personen, Informationen und Energie.»

HANSUELI LOOSLI,
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS
 SWISSCOM AG

Die Energiewende darf nicht auf Kosten der Standortattraktivität gehen. Eine zuverlässige und sichere Stromversorgung zu kompetitiven Preisen muss oberstes Ziel bleiben.



ENERGIE UND UMWELT

Eine Versorgungsnot darf keine Zukunftsperspektive für die Schweiz sein. Auch bezüglich des Klimaschutzes dürfen keine Abstriche an den bisherigen Erfolgen hingenommen werden – die Kombination aus freiwilligen Massnahmen und Kooperation zwischen Staat und Firmen ist der richtige Weg.

Rückfragen: Kurt Lanz
kurt.lanz@economiesuisse.ch



«Die Wirtschaft hat im internationalen Vergleich bereits hohe Energieeinsparungen realisiert.»

RUDOLF HUG (MITTE),
PRÄSIDENT ENERGIE- UND
UMWELTKOMMISSION,
PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS
HT-HOLDING AG

Versorgungssicherheit hat höchste Priorität

Der Bundesrat und das Parlament lassen bezüglich der Umsetzung der Energiestrategie 2050 viele Fragen unbeantwortet und stützen sich auf unrealistische Annahmen. Aus Sicht der Schweizer Wirtschaft muss eine zuverlässige und sichere Stromversorgung zu kompetitiven Preisen das oberste Ziel der Schweizer Energiepolitik bleiben. Die Energiewende darf nicht zu einer flächendeckenden Subventionierung von einzelnen Technologien, zu neuen Abgaben und Steuern oder unwirtschaftlichen Einsparmassnahmen für Unternehmen führen. Gefragt sind marktwirtschaftliche Instrumente und vereinfachte Verfahren für den gleichzeitigen Ausbau der Produktions-, Speicher- und Transportkapazitäten.

Wirtschaft leistet aktiven Beitrag

Beim Einsparen von Elektrizität geht der Bundesrat von zu optimistischen Annahmen aus und richtet sich zu sehr nach den technisch-theoretischen Potenzialen. In Zusammenarbeit mit der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) hat die Wirtschaft im internationalen Vergleich bereits sehr hohe Einsparungen realisiert. Die EnAW-Firmen konnten ihren Verbrauch als einzige Verbrauchergruppe um zehn Prozent – rund 1 Terawattstunde (TWh) – senken. Gemäss einer aktuellen Studie der EnAW kann die Wirtschaft bis 2020 rund 2 TWh einsparen, bis 2050 soll indikativ ein Wert von 7 TWh erreicht werden. Demgegenüber geht der Bund bis 2050 von Einsparungen in der Höhe von 18,5 TWh im Industrie- und Dienstleistungssektor aus. Zur Illustration der Dimension dieses Ziels: 2010 haben die Industrie und das verarbeitende Gewerbe 19,3 TWh Strom verbraucht.

Neue Erzeugungstechnologien erfordern neue Infrastruktur

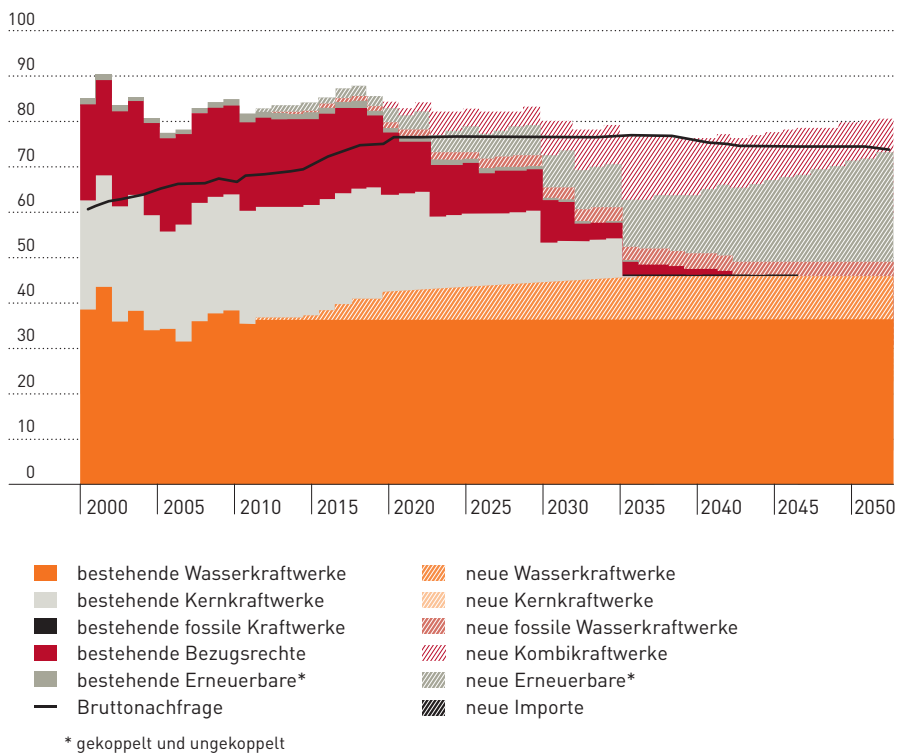
Neue erneuerbare Energien wie beispielsweise Sonnen- und Windenergie sind in der Schweiz nach heutigem Technologiestand nur beschränkt ausbaufähig und liefern nur unregelmässig Strom. Das Potenzial der Wasserkraft ist weitestgehend ausgeschöpft. Dazu kommen Konflikte mit Landschafts- und Umweltschutz, die einen Ausbau im grossen Stil verunmöglichen. Nur mit einer neuen und leistungsfähigeren Netzinfrastruktur können die neuen erneuerbaren Energien und andere dezentrale Kraftwerke zur Versorgung beitragen. Die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren, wie sie der Bundesrat in seiner Strategie Stromnetze am 23. Mai 2012 vorgestellt hat, ist dringend notwendig.

Auslandsabhängigkeit erhöht Gefahr von Stromausfällen

Wie Deutschland wird die Schweiz künftig mehr auf Stromimporte und auf die fossile Stromerzeugung angewiesen sein. Die erhöhte Auslandsabhängigkeit ist jedoch mit erheblichen Kostenrisiken verbunden und stellt die Versorgungssicherheit vor neue Herausforderungen. Eine kritische Versorgungslage führt im schlimmsten Fall zu Unterbrechungen der Energielieferungen. Der Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz wäre immens: Gemäss Studien des Bundes kostet ein schweizweiter Stromausfall von einer halben Stunde über 250 Millionen Franken. Die chemisch-pharmazeutische Industrie schätzt, dass ein strombedingter Ausfall eines einzigen Arbeitstages zu Einbussen bei den Exporten im Umfang von 350 Millionen Franken führt.

Künftiger Strommix gemäss Bundesrat

Fokus auf erneuerbare und fossile Energien, in TWh



Quelle: Prognos 2012.

Umsetzung des revidierten CO₂-Gesetzes

Ein Umstieg auf fossile Energien führt auch zu stark steigenden CO₂-Emissionen. Gemäss dem revidierten CO₂-Gesetz sind Kompensationen im Ausland möglich. Während der Beratungen zur Umsetzung des Gesetzes ist es gelungen, weitere Interessen der Wirtschaft einzubringen. So müssen Firmen beispielsweise keine unwirtschaftlichen Massnahmen umsetzen. Insgesamt stellen die Neuregelungen aber einen klimapolitischen Rückschritt dar und bringen auch Nachteile aus Sicht der Wirtschaft: Der administrative Vollzugsaufwand wird gerade für kleinere und mittlere Unternehmen beträchtlich sein. Für die grossen Emittenten, die in Zukunft dem Emissionshandelssystem unterstellt werden, wird die direkte Übernahme der EU-Benchmarks zu einer bedeutenden Hypothek. Ohne Anpassungen an die schweizerischen Rahmenbedingungen werden es die inländischen Unternehmen deutlich schwerer haben als die Konkurrenz im EU-Raum.

Um einen wirtschaftlichen Betrieb von Gaskombikraftwerken in der Schweiz zu ermöglichen, bedarf es neben Auslandskompensationen auch EU-kompatibler klimapolitischer Lösungen und eines Anschlusses der Schweiz an das Emissionshandelssystem der EU. Die privaten Investitionen im Klimaschutz müssen auch in Zukunft belohnt und administrativ entlastet werden. Nur so kann der erfolgreiche Weg der schweizerischen Klimapolitik weitergegangen werden.

Abbildung 9

Trotz Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum rechnet der Bund mit einer rückläufigen Stromnachfrage.



«Eine erhöhte Auslandsabhängigkeit stellt die Versorgungssicherheit vor neue Herausforderungen.»

HANS E. SCHWEICKARDT,
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS
 ALPIQ HOLDING AG

Bildungspolitische Baustellen. Hochschulpolitik, Fachkräftemangel und BFI-Botschaft im Fokus.



BILDUNG UND FORSCHUNG

Die Wirtschaft hat ein elementares Interesse an hochstehenden Bildungs- und Forschungsinstitutionen. Gut ausgebildete Arbeitskräfte und hoch qualifizierte Forschende erbringen im internationalen Vergleich grosse Innovationsleistungen. Mit neuen und international kompetitiven Produkten und Dienstleistungen erzielt die Wirtschaft eine hohe Wertschöpfung.

Rückfragen: Prof. Dr. Rudolf Minsch
rudolf.minsch@economiesuisse.ch



«Der Mathematik, den Naturwissenschaften und der Technik muss im Volksschulunterricht mehr Platz eingeräumt werden.»

ULRICH JAKOB LOOSER,
PRÄSIDENT BILDUNGS- UND
FORSCHUNGSKOMMISSION,
PARTNER BLR & PARTNERS AG

Hochschulpolitik: HFKG stärkt Hochschullandschaft nicht

Im September 2011 hat das Parlament das Hochschulförderungs- und Koordinationengesetz (HFKG) verabschiedet. Das Resultat ist aus Sicht der Wirtschaft unbefriedigend und wird nicht zur notwendigen Stärkung der Schweizer Hochschulen beitragen. Weil das neue Gesetz vom regionalen Ausgleich und nicht vom Wettbewerb als Ordnungsprinzip geprägt ist, besteht die Gefahr einer Nivellierung nach unten. Die Gremien sind gross und von regionalen Interessen geprägt. Immerhin kann die Wirtschaft als massgebliche Abnehmerin der Absolventinnen und Absolventen an den Sitzungen teilnehmen. Ein Stimmrecht eingeräumt hat man ihr aber nicht.

Als besonders problematisch erachtet economiesuisse, dass nun auch die ETH in den Einflussbereich der Kantone gerät und um ihre privilegierte Stellung fürchten muss. Durch die vorgesehene Planungskaskade der verschiedenen Gremien droht eine Planungsfallde, die die Administration im gesamten Hochschulbereich aufbläht und eine auf den Markt ausgerichtete, dynamische Anpassung lähmt. economiesuisse wird sich entsprechend dafür einsetzen, dass die Autonomie der einzelnen Bildungsinstitutionen nicht auf der Strecke bleibt.

Es besteht das Risiko, dass sich das neue Gesetz langfristig negativ auf die Qualität des Schweizer Hochschulbereichs auswirkt. Dies wäre fatal, stellt doch die exzellente Qualität von Bildung und Forschung eine zentrale Voraussetzung für die hohen Innovationsleistungen der Schweizer Wirtschaft dar.

Fachkräftemangel: MINT-Ausbildung muss gestärkt werden

Der Schweiz fehlen in den MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) gegenwärtig rund 15000 Fachkräfte. Dieses Ergebnis brachte eine Studie von economiesuisse zutage. Die direkte Konsequenz ist ein Wertschöpfungsverlust von rund zwei bis drei Milliarden Franken pro Jahr. Es zeigt sich, dass in der Schweiz bei der Nachwuchsförderung Defizite bestehen und sich im Vergleich zum Ausland deutlich weniger Frauen für die Ingenieurberufe entscheiden.

Um diese unbefriedigende Situation zu verbessern, schlägt economiesuisse eine Reihe von Massnahmen vor. Der Technik und den Naturwissenschaften müssen im Volksschulunterricht mehr Platz eingeräumt werden. Der Frauenanteil in den MINT-Berufen ist gezielt zu fördern. Dazu müssen die Hürden, die junge Frauen von technischen Berufen fernhalten, identifiziert und abgebaut werden. Die Wirtschaft kann ihrerseits einen Beitrag leisten, indem sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerade für diese Arbeitsplätze spürbar verbessert. Weiter muss die Finanzierung der technischen Hochschulen gestärkt werden, da ihr Anteil an den öffentlichen Bildungsgeldern markant gesunken ist.

Innovation: Spitzenposition weiter ausbauen

Die Schweiz steht bezüglich Innovationsleistung in internationalen Vergleichen an der Spitze der Rangliste. Für ein Land ohne Bodenschätze und andere wertvolle Rohstoffe ist Innovation die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Was kann die Politik dazu beitragen, sie zu fördern? In einer Ende Mai 2012 publizierten Studie schlägt economiesuisse vier Rezepte vor. Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

bedeutet immer auch eine Stärkung der Innovationskraft. Gestärkt werden soll, wie bereits erwähnt, die MINT-Ausbildung, ebenso wie die Vernetzung über internationale Kooperationen und Abkommen. Und schliesslich müssen ausreichend Mittel für Forschung und Entwicklung bereitgestellt werden.

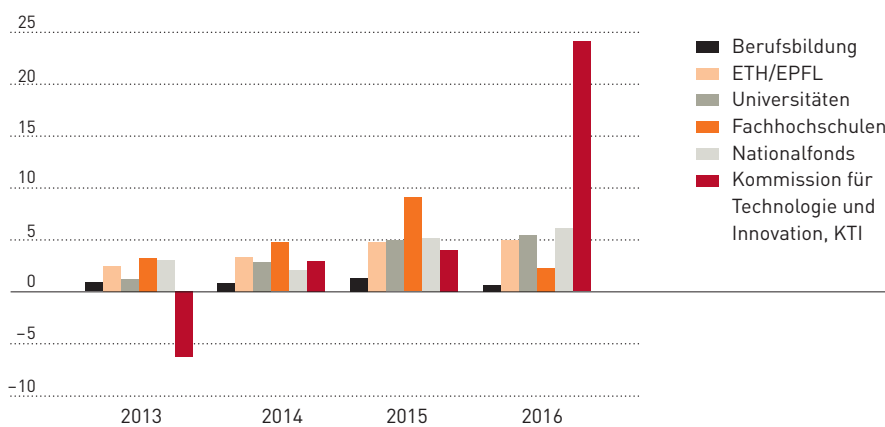
BFI-Botschaft: uneingeschränkte Priorität

Die eidgenössischen Räte behandeln heuer die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI). Die beantragten Mittel belaufen sich gesamthaft auf rund 26 Milliarden Franken. Nominell beträgt das jährliche Wachstum 3,7 Prozent. Die herausragende Bedeutung einer qualitativ hochstehenden Bildungs- und Forschungslandschaft für die Schweizer Wirtschaft ist unbestritten. Als Wissens- und Innovationsland muss es ein Kernanliegen der Schweiz sein, intensiv in die Kompetenzen und Fähigkeiten ihrer Bürgerinnen und Bürger zu investieren. Während der Vorschlag des Bundesrats für die Jahre 2013 und 2014 ein relativ bescheidenes Wachstum und erst in den Jahren 2015 und 2016 grössere Wachstumsraten vorsieht, fordert economiesuisse, diesen Anstieg über die Zeit zu glätten.

Dem Wirtschaftsdachverband ist es zudem ein wichtiges Anliegen, ETH/EPFL und den MINT-Bereichen Priorität einzuräumen. Soll die Fachkräfteinitiative des Volkswirtschaftsdepartements nicht wirkungslos verpuffen, müssen die budgetierten Investitionen überproportional in naturwissenschaftliche und technische Bereiche fliessen. Ein grösseres Wachstum als die in der Botschaft vorgesehenen 3,7 Prozent ist aus Sicht der Wirtschaft wünschenswert. Möglich ist dies aber nur, wenn Sparpotenziale in anderen Bereichen ausgeschöpft werden, insbesondere in der Landwirtschaft und in der Entwicklungszusammenarbeit.

Entwicklung des Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereichs 2013 bis 2016

Gemäss Vorschlag des Bundesrats, in Prozent



Quelle: BFI-Botschaft, 2013–2016.



«Für ein Land ohne Bodenschätze und andere wertvolle Rohstoffe ist Innovation die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg.»

DR. MED. DANIEL VASELLA,
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS
 NOVARTIS INTERNATIONAL AG

Abbildung 10

Die vorgesehenen Mittel zur BFI-Förderung sind über die kommenden Jahre sehr ungleich verteilt. Sinnvoll wäre eine gleichmässige Steigerung.

Überregulierung als Hemmschuh. Um erfolgreich sein zu können, brauchen Unternehmen genügend Freiräume – das gilt auch beim Aktienrecht.



REGULATORISCHES

Die Wahrung des unternehmerischen Freiraums bei Schaffung der notwendigen Transparenz und Rechtssicherheit ist ein zentraler Orientierungspunkt für die Beurteilung gesetzgeberischer Vorhaben. Ein vorwiegend an Risiken orientierter Perfektionismus führt zu schädlicher Überregulierung.

Rückfragen: Thomas Pletscher
thomas.pletscher@economiesuisse.ch



«Die Schweiz darf das flexibelste Aktienrecht der Welt nicht gegen ein Staatskorsett eintauschen.»

DAVID P. FRICK,
PRÄSIDENT RECHTSKOMMISSION,
MITGLIED DER KONZERNLEITUNG
NESTLÉ S.A.

Gute Rahmenbedingungen: flexibles Aktienrecht

Die Aktiengesellschaft bildet das Kernstück des schweizerischen Gesellschaftsrechts und damit einen wesentlichen Pfeiler der unternehmerischen Tätigkeit in der Schweiz. Die Bestimmungen des Aktienrechts müssen unterschiedlichsten Ansprüchen genügen, darunter auch gesellschaftlichen Erwartungshaltungen. Das Rechtsgebiet ist deshalb äusserst komplex und eine Revision entsprechend schwierig. Die praktischen Auswirkungen des Aktienrechts sind für die schweizerischen Unternehmen jedoch bedeutend und die Bestimmungen im internationalen Standortwettbewerb so sensibel wie relevant.

Initiative «gegen die Abzockerei» ist überflüssig und schädlich

Die Initiative «gegen die Abzockerei» schränkt mit ihren 24 starren Verfassungsbestimmungen die Flexibilität der Unternehmen und auch der Aktionäre gravierend ein. Besonders betroffen wären international tätige Gesellschaften. Die Initiative nimmt den Aktionären die Freiheit zu entscheiden, wie sie ihr Unternehmen organisieren. Sie ist zudem eine rechtliche Fehlkonstruktion und würde den börsenkotierten Unternehmen mit Sitz in der Schweiz und ihren zumeist über die ganze Welt verstreuten Aktionären unsinnige Strukturen aufzwingen. Das hätte ein Auseinanderklaffen von Aufgabe und Verantwortung sowie Rechtsunsicherheiten und Blockaden in der Unternehmensführung zur Folge. Die Initiative «gegen die Abzockerei» schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz und kostet damit Arbeitsplätze – sie ist unbedingt abzulehnen.

Indirekter Gegenvorschlag: praxistaugliche Antwort auf eine unsinnige Initiative

Mit dem indirekten Gegenvorschlag werden die berechtigten Anliegen der Initiative «gegen die Abzockerei» auf eine praktikable und mehrheitlich wirtschaftsverträgliche Weise aufgenommen. Auf unsinnige Forderungen wie die zwingende Strafbarkeit für die Verletzung aktienrechtlicher Bestimmungen verzichtet dieser Vorschlag aber zu Recht. Eine Kriminalisierung des Aktienrechts wäre ein äusserst negatives Signal für den Unternehmensstandort Schweiz.

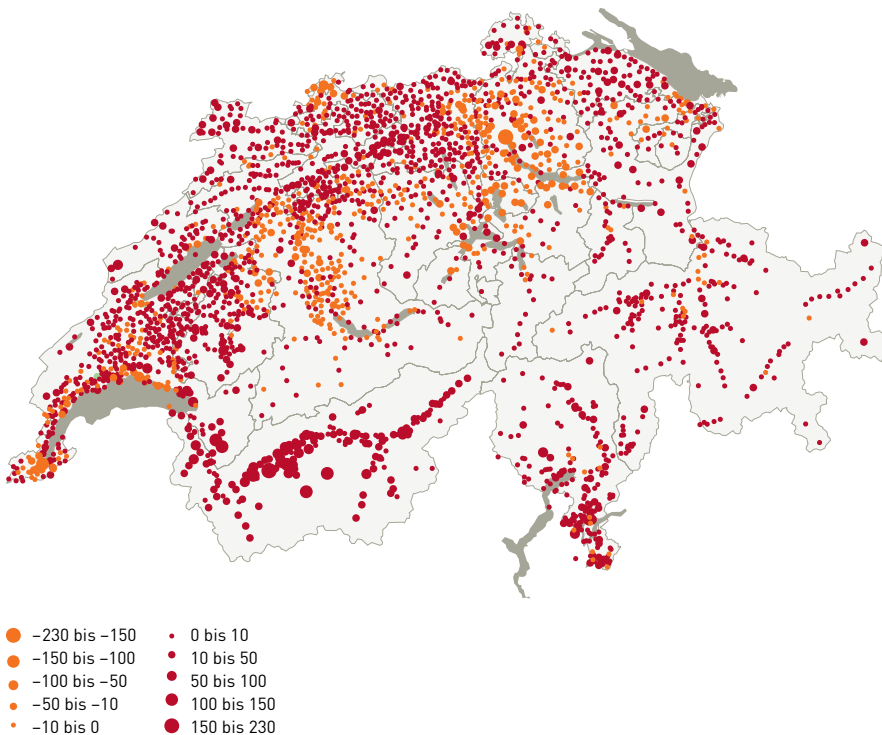
Der indirekte Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe wahrt die unternehmerische Freiheit weitgehend. Zudem wird er den Anliegen an ein attraktives Aktienrecht, das den Aktionären angemessene Mitwirkungsmöglichkeiten und den Unternehmen genügend Flexibilität bietet, besser gerecht als die Initiative «gegen die Abzockerei». Der indirekte Gegenvorschlag greift schneller und ist die bessere Lösung.

Finanzmarkt: Internationaler Marktzugang muss sichergestellt sein

Der Finanzmarkt befindet sich international und national unter grossem politischem Druck. Der Finanzmarktkrise folgten eine Vielzahl von Regulierungsforderungen. Insbesondere in der Europäischen Union führte dies zu einer Verstärkung der Marktregulierung. Für die schweizerische Finanzbranche ist es wichtig, dass der internationale Marktzugang sichergestellt ist. Die erforderlichen Regulierungsanpassungen hat daher auch die Schweiz zu übernehmen. Hingegen lehnt die Wirtschaft einen überschüssenden «Swiss Finish» entschieden ab. Solche Überregulierungen schwächen den schweizerischen Finanzmarkt und führen letztlich zu einem Verlust von Steuersubstrat und Arbeitsplätzen.

Aktuelle Bauzonenreserven und zukünftige Nachfrage nach Bauzonenfläche und Wohnnutzung

Differenz in Hektaren



Quelle: Bauzonenstatistik ARE 2008, Berechnungen Fahrländer Partner;
 Kartengrundlage BFS Geostat/swisstopo.

Regulierungen: weniger ist grundsätzlich mehr

economiesuisse setzt sich entschieden für den Abbau von überschüssenden und investitionshemmenden Vorschriften ein. Sie führen zu Ineffizienz in den Unternehmen, blockieren wertvolle Ressourcen, schaffen administrativen Mehraufwand und hohe Kosten. Das gilt für das Gesellschaftsrecht, den Konsumenten- und Datenschutz genauso wie für die Raumplanung und das Finanzmarktrecht. Ferner muss die Tendenz, jedem in der Gesellschaft negativ empfundenen Ereignis eine Regulierung folgen zu lassen, gestoppt werden.

Abbildung 11

Differenz zwischen aktuellen Bauzonenreserven und der im Zeitraum 2005–2030 zu erwartenden Nachfrage nach Bauzonenfläche für Wohnnutzung, nach Gemeinde in Hektaren. Die roten Punkte stellen Gemeinden dar, in denen die aktuellen Bauzonenreserven grösser sind als die bis 2030 zu erwartende Nachfrage.



«Die Raumplanung muss die wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen und gleichzeitig unserer wertvollen Umwelt Sorge tragen.»

DR. CHRISTOPH LINDENMEYER,
 CEO SCHINDLER AUFZÜGE AG

Fit für die Zukunft dank mehr Wettbewerb. Der funktionierende Wettbewerb ist das Kernelement der Marktwirtschaft. Ein modernes Kartellrecht setzt Leitplanken.



WETTBEWERB

Ausschlaggebend für einen funktionierenden Wettbewerb sind wirksame, verhältnismässige und rasche Entscheide gegenüber den Wirtschaftsakteuren. Die materiellen Bestimmungen in der Schweiz wurden auf ein hohes Niveau angehoben. Handlungsbedarf besteht bei effizienteren Verfahren.

Rückfragen: Thomas Pletscher
thomas.pletscher@economiesuisse.ch



«Die Swissness-Vorlage muss flexibler und praxistauglicher ausgestaltet werden.»

WERNER HUG,
PRÄSIDENT WETTBEWERBSKOMMISSION,
PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS
HUG AG

Kartellrechtsrevision muss ökonomisch fundiert sein

Der Bundesrat hat am 22. Februar 2012 die Botschaft zur Revision des Kartellgesetzes (KG) verabschiedet. economiesuisse misst die Vorlage an den 2009 verabschiedeten wettbewerbspolitischen Grundsätzen und steht einer Modernisierung des Kartellrechts offen gegenüber. Zentral ist und bleibt die wirksame Durchsetzung des Wettbewerbsrechts. Sie ist Teil einer glaubwürdigen Ordnungspolitik.

Die institutionelle Trennung von Untersuchungs- und Entscheidungsbehörde entspricht der Forderung der Wirtschaft nach einer Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit. Der Wechsel zu einem Verbot für Preis-, Mengen- und Gebietskartelle mit Rechtfertigungsmöglichkeiten führt zu einer Annäherung an die Regeln des EU-Kartellrechts. Voraussetzung ist, dass selektiver Vertrieb und Kooperationen etwa für Forschung weiterhin zulässig sind und die Fälle dennoch immer in der konkreten Abwägung beurteilt werden. Die Schädlichkeitsvermutung ist zwar bei horizontalen Abreden in der Ökonomie breit anerkannt, bei vertikalen Vereinbarungen jedoch sehr umstritten. In der Botschaft fehlt es allerdings an einer transparenten ökonomischen Begründung des neuen Vorgehens. Geklärt werden müssen auch Folgen der Beweislosigkeit. Die Einführung einer Compliance Defence im Kartellbussenrecht ist hingegen ein wichtiger positiver Schritt.

Der Nationalrat hat zudem im Rahmen der Diskussionen um die Frankenstärke eine Motion von Nationalrätin P. Birrer-Heimo angenommen, die die Verpflichtung einführen will, Schweizer auf Anfrage im Ausland zu den dort geltenden Bedingungen zu beliefern. Die verlangte Änderung würde zu einem planwirtschaftlichen Kontrahierungszwang auf der ganzen Welt führen, auch wenn sie formal weiterhin eine Preisdifferenzierung zulassen will. Gegen Absprachen und Abschottungen kann bereits mit den heutigen Bestimmungen eingeschritten werden.

Staat und Wettbewerb: faire Rahmenbedingungen für alle

Der Staat greift in vielfältiger Weise in den Wettbewerb ein. Im Sinne eines Kompasses hat die Kommission für Wettbewerbsfragen von economiesuisse sieben ordnungspolitische Leitlinien zur kohärenten Beurteilung staatlicher Aktivitäten und deren Einfluss auf den Wettbewerb erarbeitet. Anhand dieser Maximen können aktuelle und künftige Staatsaktivitäten kritisch auf die Verträglichkeit mit der Ordnungspolitik überprüft werden:

- Staatliches Wirken erfolgt nur subsidiär
- Primat des Wettbewerbs beachten
- Verzerrende Wirkungen staatlichen Handelns reduzieren
- Marktversagen als notwendige Voraussetzung für Eingriffe kritisch hinterfragen
- Transparenz schaffen
- Private Entwicklung nicht behindern und Freiräume schaffen
- Klare Trennung von Regulierung, Überwachung und wirtschaftlicher Tätigkeit

Praxistaugliche Swissness nötig

Die Marke «Schweiz» soll besser geschützt werden. economiesuisse unterstützt die geplante Revision des Wappenschutzgesetzes sowie die schärferen Regeln gegen Missbräuche. Um den Bedürfnissen der Branchen Rechnung zu tragen, muss die Swissness-Vorlage jedoch in wesentlichen Punkten flexibler und praxistauglicher ausgestaltet werden.

Effizientes Beschaffungswesen stärkt den Wirtschaftsstandort

Im öffentlichen Beschaffungswesen werden jährlich über 40 Milliarden Franken umgesetzt. Die öffentliche Hand darf ihre Nachfragemacht nicht missbrauchen. Unternehmen brauchen einfache, rasche, überblickbare und rechtssichere Vergabeprozesse. Das garantiert den effizienten Einsatz der öffentlichen Mittel. Mit der elektronischen Plattform simap.ch wurde ein bedeutender Schritt getan. economiesuisse engagiert sich hier als Partner. Ein weiterer Schritt muss die Harmonisierung der kantonal unterschiedlichen Vorschriften sein.

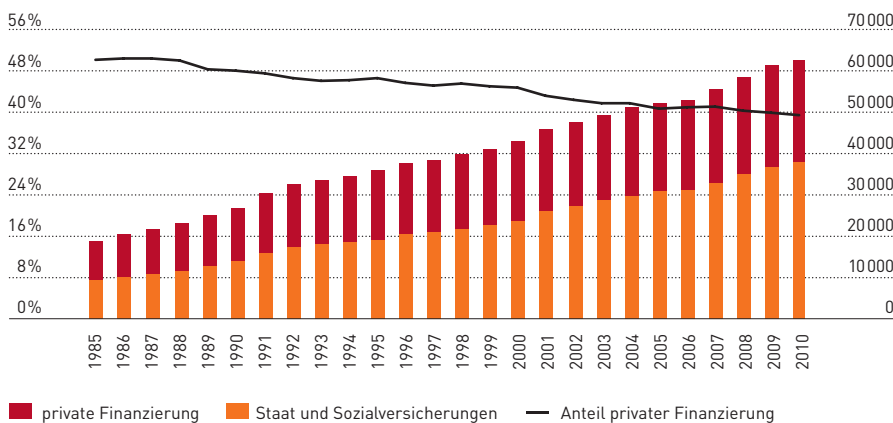
Bessere Bedingungen durch mehr Wettbewerb, Gleichbehandlung und Vereinfachungen braucht auch der Handel. Im Einzelfall bestehen zu hohe Hürden wie zum Beispiel die Notwendigkeit von Sonderbewilligungen für Wareneinfuhren aus der EU, die Unterwanderung des Cassis-de-Dijon-Prinzips durch die vielen Ausnahmen, die unterschiedlichen Ladenöffnungszeiten und Hindernisse beim Parallelimport.

Für eine neue Gesundheitspolitik

Die Gesundheitswirtschaft generiert 11,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit ist der Gesundheitsbereich ein massgeblicher Standortfaktor für die Wirtschaft. Im Juni 2011 veröffentlichte economiesuisse Leitlinien zur Gesundheitspolitik, damit die Haltung der Wirtschaft in gesundheitspolitischen Fragen nachvollziehbar wird. Gefordert werden mehr Transparenz, Wettbewerb und Selbstverantwortung sowie der allgemeine Zugang zu hochwertigen Leistungen, die aber nachhaltig finanziert werden müssen. Werden die ordnungspolitischen Grundsätze eingehalten? Werden der Leistungswettbewerb, Innovationen und Effizienz gefördert? Ist die Finanzierung nachhaltig und wird die Selbstverantwortung gestärkt? Eine Reformidee, zu der diese Fragen mit Ja beantwortet werden könnten, kann unterstützt werden. Werden einige Fragen verneint, so muss die Position in einer gesamtheitlichen Beurteilung gefunden werden. Mit diesem Instrumentarium begleitet die Wirtschaft den nötigen Reformprozess hin zu einem freiheitlichen, innovativen Gesundheitswesen, dessen Leistungen für alle bezahlbar sind.

Schleichende Verstaatlichung der Gesundheitsfinanzierung

Gesundheitskosten, in Millionen Franken



Quelle: Bundesamt für Statistik, BFS; eigene Darstellung.



«Eine wirksame Durchsetzung des Wettbewerbsrechts ist für eine glaubwürdige Ordnungspolitik notwendig.»

URS ROHNER,
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS
 CREDIT SUISSE GROUP AG

Abbildung 12

Dass die private Finanzierung im Gesundheitswesen seit Jahren zurückgeht, stellt Politik und Wirtschaft vor grosse Herausforderungen. Denn die schleichende Verstaatlichung beeinträchtigt den effizienten Ressourceneinsatz.

Parlamentswahlen und Volksabstimmungen. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger als wichtigste Zielgruppe.



KOMMUNIKATION UND KAMPAGNEN

Das Führen von nationalen Abstimmungskampagnen gehört zu den Kernkompetenzen von economiesuisse. In den letzten Jahren bestritt economiesuisse 43 Kampagnen und war in 39 Vorlagen erfolgreich – zusammen mit den jeweiligen Partnern.

Rückfragen: Ursula Fraefel
ursula.fraefel@economiesuisse.ch

Kampagnenerfolge gegen Staatsvertrags- und Ferieninitiative

Mit 75,2 Prozent NEIN-Stimmen haben die Schweizerinnen und Schweizer am 17. Juni die AUNS-Initiative «Staatsverträge vors Volk» klar abgelehnt. economiesuisse führte die Abstimmungskampagne mit Unterstützung eines breiten Bündnisses aus Politik und den Wirtschaftsverbänden. Mit dieser deutlichen Absage stellten sich Volk und Stände hinter das heutige System der direkten Demokratie und lehnen einen Abstimmungsautomatismus in der Aussenpolitik ab. Mit ihrem Votum hat sich die Stimmbevölkerung auch für eine offene und starke Wirtschaft eingesetzt. Die Initiative hätte durch zwingende Volksabstimmungen über unbestrittene Verträge zu unnötigen Verzögerungen und damit zu Rechtsunsicherheit geführt. Der Kampagne ist es gelungen, die Stimmbevölkerung von der Schädlichkeit der Initiative zu überzeugen und damit der Abschottungspolitik der AUNS eine Abfuhr zu erteilen. Auch die Gewerkschaftsinitiative «6 Wochen Ferien für alle» vom 11. März 2012 wurde deutlich, mit 66,5 Prozent abgelehnt. In einigen umliegenden Ländern löste die flächendeckende Ablehnung durchaus Erstaunen aus. economiesuisse führte diese Kampagne im Auftrag des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, unterstützt von einer breiten Nein-Koalition aus Politik, Wirtschaft und Kantonen. Als Hauptbotschaft wurde der einfache und eingängige Slogan «Mehr Ferien = weniger Jobs» gewählt. Weitere Botschaften waren: «Die Ferieninitiative schadet den KMU», «gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand» und «schadet den Arbeitnehmenden». Die VOX-Analyse bestätigte diese Kommunikation nachträglich als richtig und erfolgreich. In beiden Kampagnen wurden neue Massnahmen in den Social-Media-Kanälen ausprobiert, unter anderem mit beliebten Videos.

Abbildung 13

Die Plakate der Abstimmungskampagnen gegen die Ferien- und die Staatsvertrags-Initiative.



Campaigning-Aktivitäten zu Zuwanderung, Strom, Klima und Innovation

Zielgruppe der Campaigning-Aktivitäten ist wie bei den Abstimmungskampagnen die breite Öffentlichkeit. Anders als dort ist das Engagement aber nicht auf einige Monate, sondern auf einige Jahre hinaus angelegt. Dabei geht es um die optimale Bereitung des Terrains für die spätere Meinungsäusserung, so beispielsweise beim Thema Zuwanderung. Deren Vor- und Nachteile, insbesondere der Personenfreizügigkeit mit der EU, werden in der Öffentlichkeit seit Längerem breit diskutiert. economiesuisse arbeitet seit Sommer 2011 zusammen mit dem Schweizerischen Arbeitgeber- und dem Gewerbeverband an kommunikativen Massnahmen: Die Bedeutung der Zuwanderung für die Schweiz soll noch stärker hervorgehoben werden, ohne die mit ihr verbundenen Probleme zu negieren. Die Wirtschaftsverbände wollen sich als glaubwürdige Ansprechpartner positionieren, die Hand bieten zu konstruktiven Lösungen. Als erste Massnahme wurden im Herbst 2011 zur Sonder-

debatte Zuwanderung des Parlaments Faktenblätter erstellt, die die wichtigsten Eckwerte und Erfahrungen der Personenfreizügigkeit festhalten.

Die Kommunikation zur Energiepolitik steht ganz im Zeichen der geplanten Energiewende. economiesuisse bringt hier die Stimme der Wirtschaft kritisch, aber konstruktiv ein. Um das Ziel einer zuverlässigen Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen auch in Zukunft zu erreichen, setzt economiesuisse unter anderem auf aktive Medienarbeit, regionale Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Handelskammern und Online-Aktivitäten unter www.energieдебatte.ch.

Mit Blick auf die Revision des CO₂-Gesetzes lancierte economiesuisse im Sommer 2011 eine Imagekampagne. Mit positiven Beispielen zu CO₂-Einsparungen und Effizienzsteigerungen wurde die Wirtschaft als wichtiger Player in Klimafragen positioniert. Im Zentrum standen Testimonial-Inserate bekannter Unternehmer sowie redaktionelle Porträts von besonders effizienten Unternehmen. Umstrittener war die Mobilisierungswebsite www.co2.ch, auf der alle engagierten Verbände und Unternehmen ihr Logo aufschalteten. Diese Aktion animierte Greenpeace-Aktivisten zu einem sogenannten Shitstorm, der einige Unternehmen zu Gegenmassnahmen herausforderte.

Thematischer Schwerpunkt 2012 ist bei economiesuisse unter anderem die Innovationspolitik. Auftakt zu den entsprechenden Aktivitäten, zusammengefasst unter der Marke «innovationsuisse», war die Publikation einer Studie zu guter und schlechter Innovationsförderung. Zusammen mit verschiedenen innovativen Schweizer Unternehmen aus allen Branchen und Landesteilen wird das Thema im Sommer und Herbst medial und mit regionalen Anlässen weiter vertieft. Innovation steht auch im Zentrum des Tags der Wirtschaft 2012.

elections 2011

Mit der Wahlplattform 2011 hat sich economiesuisse bei den Kandidatinnen und Kandidaten als wirtschaftspolitisches Kompetenzzentrum präsentiert. Geboten wurden kostenlose Medientrainings, ein Wirtschaftsfreundlichkeitstest sowie die Internetplattform www.elections.ch mit umfassenden Informationen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen. Die Broschüre «Das macht die Schweiz erfolgreich» lieferte eine knappe und populär formulierte Zusammenfassung.

Ausblick: Kampagnen für die Steuerabkommen und gegen die Minder-Initiative

Falls das Referendum der AUNS und der Jungsozialisten gegen die Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und England zustande kommt, wird das Volk am 25. November darüber befinden. economiesuisse wird sich mit Nachdruck für die Abkommen einsetzen. Denn diese schaffen klare Verhältnisse und bieten eine faire Möglichkeit zur Regularisierung Gelder ausländischer Bankkunden. Am 3. März 2013 kommt zudem die Minder-Initiative vors Volk. Thomas Minder will die Schweizer Unternehmen in ein enges Korsett zwingen. Er schlägt dafür im Aktienrecht sage und schreibe 24 Verfassungsartikel vor. economiesuisse begleitete dieses Geschäft eng und wird sich im Abstimmungskampf für den indirekten Gegenvorschlag des Parlaments einsetzen. Die von National- und Ständerat verabschiedete Gesetzeslösung berücksichtigt die berechtigten Anliegen der Initiative, ohne die Unternehmen zu sehr einzuengen und die Aktionäre zu sehr zu bevormunden. Die wirtschaftsverträglichere Gesetzeslösung tritt in Kraft, wenn die Initiative abgelehnt wird.



«Durch das Engagement von economiesuisse wurde bei der Abstimmung über die AUNS-Initiative eine weitere unnötige Verunsicherung für unsere Exportwirtschaft abgewendet.»

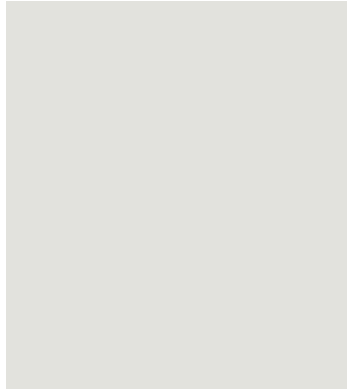
BERNARD RÜEGER,
 PRÄSIDENT CHAMBRE VAUDOISE DU
 COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE - CVCI

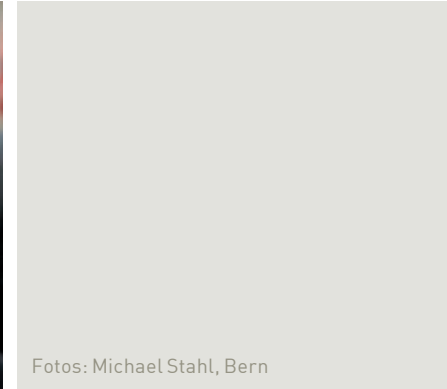
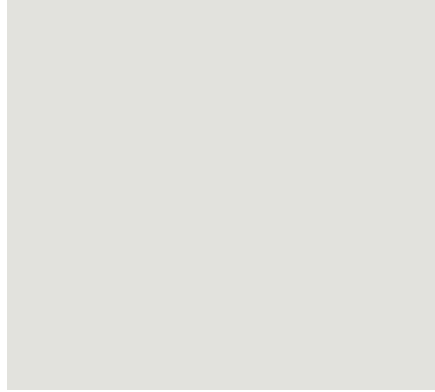


«Die Wirtschaft muss sich als glaubwürdiger Ansprechpartner positionieren und Hand bieten zu konstruktiven Lösungen.»

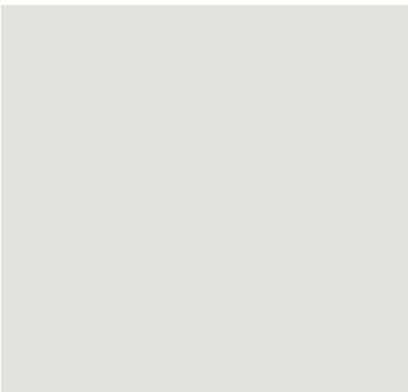
DR. ROLF SOIRON,
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS
 HLCIM LTD. UND LONZA LTD.

Fest verankert in der Schweizer Wirtschaft.
Die Positionen, die *economiesuisse* unterstützt,
sind breit abgestützt.





Fotos: Michael Stahl, Bern



1 HANS-PETER ROHNER, Chairman of the Board und CEO, PubliGroup S.A., Lausanne **2 NIKLAUS J. LÜTHI**, Präsident, Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, Bern **3 KASPARE A. WENGER**, CEO, Holcim (Schweiz) AG, Zürich **4 DANIEL KNECHT**, Präsident, Aargauische Industrie- und Handelskammer, Aarau **5 HEINZ KARRER**, Präsident, swisselectric, Bern **6 ROGER NEININGER**, Head of Audit, Mitglied der Geschäftsleitung, KPMG AG, Zürich **7 ALAIN ROBERT**, Geschäftsleitung Wealth Management & Swiss Bank, UBS AG, Zürich **8 PAUL KURRUS**, Vizedirektor, Swiss International Air Lines AG, Basel **9 ROLF G. SCHMID**, CEO, Mammut Sports Group AG, Seon **10 CHRISTOPH TOBLER**, CEO, Sefar Holding AG, Thal **11 BLAISE MATTHEY**, Generaldirektor, Fédération des Entreprises Romandes Genève, Genève **12 BRUNO FRICK**, Präsident, Swiss Retail Federation, Bern **13 DR. JÜRIG WERNER**, Direktionspräsident, V-ZUG AG, Zug **14 FRANZISKA A. TSCHUDI SAUBER**, CEO, WICOR Holding AG, Rapperswil SG

Beste Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. economiesuisse begleitet wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse und setzt sich für wettbewerbsorientierte Lösungen ein.

Offene Märkte, ein vielfältiges Bildungssystem, der hervorragende Forschungsplatz und eine gut ausgebaute Infrastruktur tragen zum Erfolg der Schweiz bei. Hinzu kommen attraktive Steuern, ein liberales Wirtschafts- und Arbeitsrecht und eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft. Keiner dieser Faktoren ist selbstverständlich und auf alle Zeiten gesichert. Die Schweiz steht in einem harten Wettbewerb mit anderen Standorten – ob sie auch in Zukunft ein Erfolgsmodell sein wird, entscheiden die Weichenstellungen von heute.

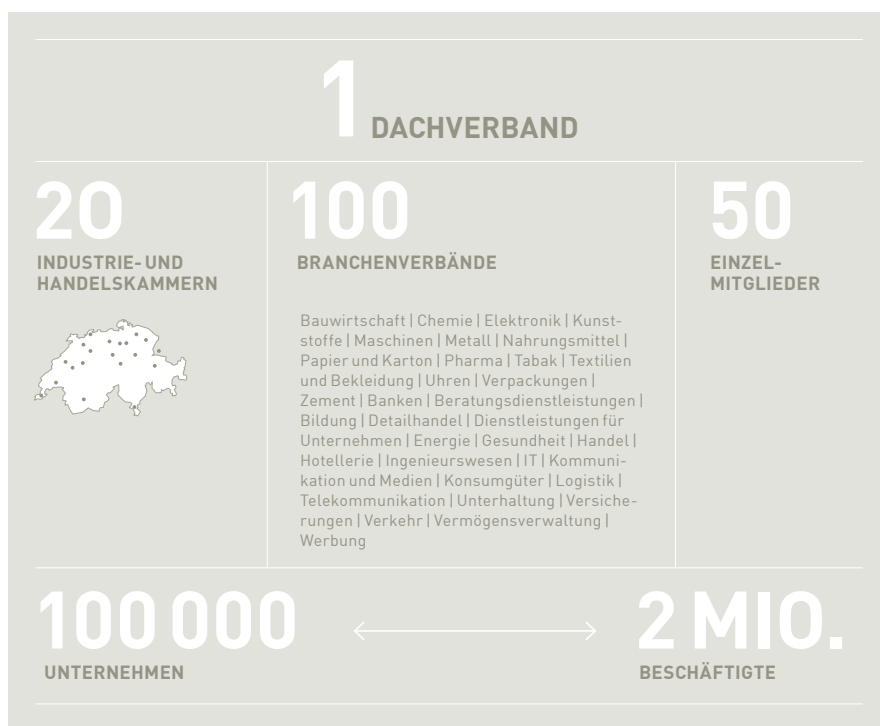
Die Mission von economiesuisse ist die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft sowohl für international ausgerichtete Grossunternehmen als auch für KMU. Dazu gehören die Erhaltung des unternehmerischen Freiraums, die kontinuierliche Verbesserung des Produktions- und Forschungsstandorts Schweiz im globalisierten Wettbewerb sowie die Förderung des nachhaltigen Wachstums. Letzteres ist eine Grundvoraussetzung für eine hohe Beschäftigung und die Sicherung des Wohlstands in der Schweiz.

Eine starke Stimme für die Wirtschaft

Die Schweizer Wirtschaft braucht eine starke Stimme, die ihre Anliegen im politischen Prozess vertritt. Dafür wurde im Jahr 2000 economiesuisse gegründet. Der Verband ging hervor aus einer Fusion des Vororts (Schweizerischer Handels- und Industrieverein) und der wf (Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft). Beide Organisationen brachten ihr spezifisches Know-how in den neuen Verband ein. Der Vorort die fachliche Kompetenz und einen exzellenten Zugang zur Bundesverwaltung, die wf ihre grosse Kommunikations- und Kampagnenerfahrung.

Abbildung 14

economiesuisse vertritt 100 000 Schweizer Unternehmen mit 2 Millionen Arbeitnehmern.



Heute sind economiesuisse nicht nur 20 kantonale Industrie- und Handelskammern angeschlossen, sondern auch 100 Branchenverbände und 50 Einzelmitglieder. Insgesamt vertritt der Verband 100 000 Schweizer Unternehmen mit 2 Millionen Arbeitnehmern; KMU und Grossunternehmen, Exporteure und binnenmarktorientierte Unternehmen.

Die wichtigste Aufgabe von economiesuisse besteht darin, die Interessen dieser Unternehmen in den politischen Prozess einzubringen. Zu diesem Zweck pflegt der Wirtschaftsdachverband enge, regelmässige Kontakte zu Regierung, Verwaltung und Parlament. economiesuisse orientiert sich dabei an den Grundsätzen einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung und nimmt die soziale und ökologische Verantwortung wahr. Wirtschaftspolitische Themen werden so früh wie möglich erkannt und economiesuisse engagiert sich anschliessend auf allen Stufen des politischen Prozesses: von der Einsitznahme in Expertengruppen über die Beteiligung an Vernehmlassungen bis hin zu Abstimmungskampagnen.

economiesuisse-Geschäftsstellen

Im Haus der Wirtschaft in Zürich befindet sich der economiesuisse-Hauptsitz. Hinzu kommen Büros in Bern, Genf, Lugano und Brüssel.

Die Vertretung in der Bundeshauptstadt dient als wichtige Verbindungsstelle der Wirtschaft zur Politik. Im Zentrum ihrer Arbeit steht die Sicherstellung des Informationsflusses zwischen Parlament, Verwaltung und Wirtschaft. Die Planung und Koordination der politischen Geschäfte, Kontakte zu den National- und Ständeräten sowie zum Bundeshaus und regelmässige Sessionsberichterstattungen dienen diesem Ziel.

Das Team von economiesuisse in Genf ist für die Kontakte zu den Mitgliedern und Wirtschaftsverbänden, zu Politikerinnen und Politikern auf Bundes- und Kantons-ebene sowie zu den Medien in der Romandie verantwortlich. Es führt ausserdem die eidgenössischen Abstimmungskampagnen in der Westschweiz.

economiesuisse Lugano pflegt einen intensiven Informationsaustausch mit den Tessiner Wirtschafts- und Branchenverbänden, mit der kantonalen Verwaltung und Regierung, mit den norditalienischen Wirtschaftsverbänden und der Schweizerischen Handelskammer in Mailand.

In Brüssel unterhält economiesuisse eine Vertretung, die auch die Präsenz des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV) sicherstellt. Sie dient als Verbindungsstelle zum Europäischen Industrie- und Arbeitgeberverband BUSINESS-EUROPE, zu den Diensten der EU-Kommission, zur schweizerischen Mission bei der EU und zur EFTA. Sie unterstützt aber auch schweizerische Wirtschaftsvertreter, die Kontakt zu den Institutionen der EU suchen.

Unsere Dienstleistungen

Wir koordinieren die Meinungsbildung innerhalb der Wirtschaft und vertreten deren Positionen in der Politik, gegenüber den Medien und in der breiten Öffentlichkeit.

Wir bieten eine breite und schlagkräftige Plattform für die Interessenvertretung in Bern.

Wir beraten kompetent in politischen Anliegen.

Wir unterstützen konkrete Anliegen unserer Mitglieder im politischen Prozess.

Wir verfassen Analysen und Studien und vermitteln Hintergrundwissen zur Wirtschaftspolitik.

Wir verschaffen Zugang zu Wirtschaftskreisen, politischen Entscheidungsträgern und Behörden und organisieren Wirtschaftsdelegationen.

Wir nehmen regelmässig Stellung zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen.

Wir bieten Medien-schulungen für Mitglieder und Politiker an.

Wir führen erfolgreiche Abstimmungskampagnen.

Mitglieder

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN UND REGIONALE ORGANISATIONEN

AARGAUISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER

Entfelderstrasse 11, Postfach, 5001 Aarau
www.aihk.ch

AITI ASSOCIAZIONE INDUSTRIE TICINESI

Corso Elvezia 16, Casella postale 5130,
6901 Lugano
www.aiti.ch

CAMERA DI COMMERCIO DELL'INDUSTRIA E DELL'ARTIGIANATO DEL CANTONE TICINO

Corso Elvezia 16, Casella postale, 6901 Lugano
www.cc-ti.ch

CHAMBRE DE COMMERCE ET D'INDUSTRIE DU JURA

Rue de l'Avenir 23, Case postale 274,
2800 Delémont 1
www.cci-j.ch

CHAMBRE DE COMMERCE, D'INDUSTRIE ET DES SERVICES DE GENÈVE

4, boulevard du Théâtre, Case postale 5039,
1211 Genève 11
www.cci-g.ch

CHAMBRE DE COMMERCE FRIBOURG

Route du Jura 37, Case postale 304,
1701 Fribourg
www.cfcis.ch

CHAMBRE NEUCHÂTELOISE DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE

Rue de la Serre 4, Case postale,
2001 Neuchâtel
www.nci.ch

CHAMBRE VALAISANNE DE COMMERCE ET D'INDUSTRIE

Rue Pré-Fleuri 6, Case postale 288, 1951 Sion
www.cci-valais.ch

CHAMBRE VAUDOISE DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE

Avenue d'Ouchy 47, Case postale 315,
1001 Lausanne
www.cvci.ch

FÉDÉRATION DES ENTREPRISES ROMANDES GENÈVE

98, rue de St-Jean, Case postale 5278,
1211 Genève 11
www.fer-ge.ch

GLARNER HANDELSKAMMER

Spielhof 14a, 8750 Glarus
www.glhk.ch

HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN

Kramgasse 2, Postfach 5464, 3001 Bern
www.bern-cci.ch

HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS SCHWYZ

Gersauerstrasse 7, Postfach 618,
6440 Brunnen
www.h-i-sz.ch

HANDELSKAMMER BEIDER BASEL

Aeschenvorstadt 67, Postfach, 4010 Basel
www.hkbb.ch

HANDELSKAMMER UND ARBEITGEBERVERBAND GRAUBÜNDEN

Hinterm Bach 40, Postfach 203, 7002 Chur
www.hkgr.ch

HANDELSKAMMER UND ARBEITGEBER-VEREINIGUNG WINTERTHUR

Neumarkt 15, Postfach, 8401 Winterthur
www.haw.ch

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ST. GALLEN-APPENZEL

Gallusstrasse 16, Postfach, 9001 St. Gallen
www.ihk.ch

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER THURGAU

Schmidstrasse 9, Postfach 396,
8570 Weinfelden
www.ihk-thurgau.ch

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ZENTRALSCHWEIZ

Kapellplatz 2, Postfach 3142, 6002 Luzern
www.hkz.ch

LIECHTENSTEINISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER

Altenbach 8, 9490 Vaduz
www.lihk.li

SOLOTHURNER HANDELSKAMMER

Grabackerstrasse 6, Postfach 1554,
4502 Solothurn
www.sohk.ch

UNION DES INDUSTRIELS VALAISANS

Case postale 2106, 1950 Sion 2

ZUGER WIRTSCHAFTSKAMMER

Gubelstrasse 11, 6300 Zug
www.zwk.ch

ZÜRCHER HANDELSKAMMER

Bleicherweg 5, Postfach 3058, 8022 Zürich
www.zurichcci.ch

VERBÄNDE

AEROSUISSE SCHWEIZ. DACHVERBAND DER LUFT- UND RAUMFAHRT

Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern
www.aerosuisse.ch

ASCO ASSOCIATION OF MANAGEMENT CONSULTANTS SWITZERLAND

Weinbergstrasse 31, Postfach, 8006 Zürich
www.asco.ch

ASSOCIATION PATRONALE DE L'HORLOGERIE ET DE LA MICROTECHNIQUE APHM

Rue de la Gare 7, Case postale 16,
2501 Biel/Bienne

ASSOCIATION SUISSE DES FABRICANTS ET COMMERÇANTS DE MÉTAUX PRÉCIEUX

Boulevard des Eplatures 42, Case postale,
2304 La Chaux-de-Fonds

ASUT SCHWEIZERISCHER VERBAND DER TELEKOMMUNIKATION

Klösterlistutz 8, 3013 Bern
www.asut.ch

AUSSENWERBUNG SCHWEIZ AWS

Giesshübelstrasse 4, 8045 Zürich
www.aussenwerbung-schweiz.ch

AUTO-SCHWEIZ VEREINIGUNG SCHWEIZER AUTOMOBIL-IMPORTEURE

Mittelstrasse 32, Postfach 5232, 3001 Bern
www.auto-schweiz.ch

AVIA VEREINIGUNG UNABHÄNGIGER SCHWEIZER IMPORTEURE VON ERDÖLPRODUKTEN

Badenerstrasse 329, Postfach, 8040 Zürich
www.avia.ch

BISCOUISSE SCHWEIZERISCHER VERBAND DER BACKWAREN- UND ZUCKERWAREN-INDUSTRIE

Münzgraben 6, Postfach 259, 3000 Bern 7
www.biscosuisse.ch

CEMSUISSE VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN CEMENTINDUSTRIE

Marktgasse 53, 3011 Bern
www.cemsuisse.ch

CHOCOSUISSE VERBAND SCHWEIZERISCHER SCHOKOLADEFABRIKANTEN

Münzgraben 6, Postfach 1007, 3000 Bern 7
www.chocosuisse.ch

DACHVERBAND SCHWEIZERISCHER MÜLLER

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.dsm-fms.ch

DACHVERBAND SCHWEIZERISCHER SPEZIALMÜHLEN

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

ELECTROSUISSE

Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
www.electrosuisse.ch

ERDÖL-VEREINIGUNG

Spitalgasse 5, 8001 Zürich
www.erdoel.ch

FASMED SCHWEIZERISCHE MEDIZINALTECHNIK

Worbstrasse 52, Postfach 160,
 3074 Muri b. Bern
www.fasmed.ch

**FÉDÉRATION DE L'INDUSTRIE
 HORLOGÈRE SUISSE FH**

Rue de l'Argent 6, Case postale 560,
 2501 Biel/Bienne
www.fhs.ch

**FORUM SCHWEIZER SELBSTREGULIERUNGS-
 ORGANISATIONEN (FORUM SRO)**

Rämistrasse 5, Postfach
 8024 Zürich
www.forumoar.ch

HOTELLERIESUISSE

Monbijoustrasse 130, Postfach, 3001 Bern
www.hotelleriesuisse.ch

IFPI SCHWEIZ

Kraftstrasse 30, 8044 Zürich
www.ifpi.ch

**IGFV GESCHÄFTSSTELLE INTERESSEN-
 GEMEINSCHAFT FLEXIBLE VERPACKUNGEN**

Tödistrasse 47, Postfach 1507, 8027 Zürich

**INTERESSENGEMEINSCHAFT TEE,
 GEWÜRZE UND VERWANDTE PRODUKTE**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

KEP & MAIL

c/o simplus ag, Thunstrasse 17, Postfach 343,
 3000 Bern 6
www.kepmail.ch

KUNSTSTOFF VERBAND SCHWEIZ (KVS)

Schachenallee 29 C, 5000 Aarau
www.kvs.ch

**ORGANISME D'AUTORÉGULATION
 DES GÉRANTS DE PATRIMOINE (OAR-G)**

2, rue Pedro Meylan, Case postale 107
 1211 Genève 17
www.oarg.ch

PRIVATKLINIKEN SCHWEIZ

Worbstrasse 52, Postfach 160,
 3074 Muri b. Bern
www.privatehospitals.ch

**PROMARCA SCHWEIZERISCHER
 MARKENARTIKELVERBAND**

Bahnhofplatz 1, 3011 Bern
www.promarca.ch

SCHWEIZER BRAUEREI-VERBAND

Engmattstrasse 11, Postfach 2124,
 8027 Zürich
www.bier.ch

SCHWEIZER CASINO VERBAND

Marktgasse 50, Postfach 593, 3000 Bern 7
www.switzerlandcasinos.ch

SCHWEIZER WERBUNG SW

Kappelerstrasse 14, Postfach 3021, 8022 Zürich
www.sw-ps.ch

SCHWEIZERISCHE BANKIERVEREINIGUNG

Aeschenplatz 7, Postfach 4182, 4002 Basel
www.swissbanking.org

SCHWEIZERISCHE NORMEN-VEREINIGUNG

Bürglistrasse 29, 8400 Winterthur
www.snv.ch

SCHWEIZERISCHER BAUMEISTERVERBAND

Weinbergstrasse 49, Postfach, 8042 Zürich
www.baumeister.ch

SCHWEIZERISCHER HEFEVERBAND

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**SCHWEIZERISCHER KOSMETIK-
 UND WASHMITTELVERBAND**

Breitingenstrasse 35, Postfach 2138,
 8027 Zürich
www.skw-cds.ch

SCHWEIZERISCHER LEASINGVERBAND SLV

Rämistrasse 5, Postfach, 8024 Zürich
www.leasingverband.ch

SCHWEIZERISCHER OBSTVERBAND

Baarerstrasse 88, Postfach 2559, 6302 Zug
www.swissfruit.ch

SCHWEIZERISCHER REISEBÜRO-VERBAND

Etzelstrasse 42, Postfach, 8038 Zürich
www.srv.ch

**SCHWEIZERISCHER VERSICHERUNGSVERBAND
 SVV**

C. F. Meyer-Strasse 14, Postfach 4288,
 8022 Zürich
www.svv.ch

SCHWEIZERISCHES VERPACKUNGSINSTITUT

Brückfeldstrasse 18, 3000 Bern 9
www.svi-verpackung.ch

SCIENCEINDUSTRIES

Nordstrasse 15, Postfach, 8021 Zürich
www.scienceindustries.ch

**SIAA SWISS INTERNATIONAL AIRPORTS
 ASSOCIATION**

Postfach, 8058 Zürich-Flughafen
www.siaa.ch

**SIBA VERBAND SCHWEIZERISCHER
 VERSICHERUNGSBROKER**

Kreuzstrasse 42, 8008 Zürich
www.siba.ch

**SIMSA – SWISS INTERACTIVE MEDIA
 AND SOFTWARE ASSOCIATION**

Postfach 1211, 8032 Zürich
www.simsa.ch

**SPEDLOGSWISS VERBAND SCHWEIZERISCHER
 SPEDITIONS- UND LOGISTIKUNTERNEHMEN**

Elisabethenstrasse 44, Postfach, 4002 Basel
www.spedlogswiss.com

SWICO

Hardturmstrasse 103, 8005 Zürich
www.swico.ch

SWISS CIGARETTE

Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern
www.swiss-cigarette.ch

SWISS CONVENIENCE FOOD ASSOCIATION

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.swissfoodind.ch

SWISS ENGINEERING STV

Weinbergstrasse 41, 8006 Zürich
www.swissengineering.ch

SWISS FUNDS ASSOCIATION SFA

Dufourstrasse 49, Postfach, 4002 Basel
www.sfa.ch

SWISS RETAIL FEDERATION

Marktgasse 50, Postfach 575, 3000 Bern 7
www.swiss-retail.ch

SWISSCABLE VERBAND FÜR

KOMMUNIKATIONSNETZE
 Kramgasse 5, Postfach 515, 3000 Bern 8
www.swisscable.ch

**SWISSCHAM VERBAND SCHWEIZERISCHER
 AUSSENWIRTSCHAFTSKAMMERN**

Wiesenstrasse 10, Postfach 1073, 8032 Zürich
www.swisscham.ch

SWISS BIOTECH ASSOCIATION

Wengistrasse 7, 8004 Zürich
www.swissbiotech.org

SWISSELECTRIC

Seilerstrasse 3, Postfach 7950, 3001 Bern
www.swisselectric.ch

**SWISSHOLDINGS VERBAND DER
 INDUSTRIE- UND DIENSTLEISTUNGSKONZERNE
 DER SCHWEIZ**

Nägelgasse 13, Postfach 402, 3000 Bern 7
www.swissholdings.ch

SWISSMEM

Kirchenweg 4, Postfach, 8032 Zürich
www.swissmem.ch

SWISSOLIO

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**SWISSPASTA VEREINIGUNG DER
 SCHWEIZERISCHEN TEIGWARENINDUSTRIE**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**SWISSPLAY VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN
 SPIELAUTOMATENBRANCHEN**

Bahnhofzentrum, Postfach 10, 3000 Bern 6
www.swiss-play.ch

Mitglieder

SWISS SHIPPERS' COUNCIL

Avenue Ruchonnet 57, Case postale 1346
1001 Lausanne
www.swiss-shippers.ch

**TELESUISSE VERBAND DER
SCHWEIZER REGIONALFERNSEHEN**

Via Carona 6, 6815 Melide
www.telesuisse.ch

TREUHAND-KAMMER

Limmatquai 120, Postfach 1477, 8021 Zürich
www.treuhand-kammer.ch

TVS TEXTILVERBAND SCHWEIZ

Beethovenstrasse 20, Postfach 2900,
8022 Zürich
www.tv.sch

**USIC SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG
BERATENDER INGENIEURUNTERNEHMUNGEN**

Aarberggasse 16/18, 3011 Bern
www.usic.ch

**VAP VERBAND VERLADER ANSCHLUSSGELEISE
PRIVATGÜTERWAGEN**

Postfach 31, 8142 Uitikon Waldegg
www.cargorail.ch

VERBAND DER SCHWEIZER DRUCKINDUSTRIE

Schosshaldenstrasse 20, 3006 Bern
www.druckindustrie.ch

**VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN
GASINDUSTRIE**

Grütlistrasse 44, Postfach, 8027 Zürich
www.erdgas.ch

**VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN
SCHMELZKÄSEINDUSTRIE SESK**

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN
ZELLSTOFF-, PAPIER- UND KARTONINDUSTRIE**

Bergstrasse 110, Postfach, 8032 Zürich
www.zpk.ch

**VERBAND DES SCHWEIZERISCHEN
VERSANDHANDELS VSV**

General Wille-Strasse 144, 8706 Meilen
www.vsv-versandhandel.ch

VERBAND SCHWEIZER MEDIEN

Konradstrasse 14, Postfach, 8021 Zürich
www.schweizermedien.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER
ELEKTRIZITÄTSUNTERNEHMEN**

Hintere Bahnhofstrasse 10, Postfach,
5001 Aarau
www.vse.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER
FILIALUNTERNEHMUNGEN**

Frohburgstrasse 98, 8006 Zürich
www.vsf-schweiz.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER
GENERALUNTERNEHMER VSGU**

Effingerstrasse 13, 3011 Bern
www.vsgu.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER
GLACÉ- & EISCREAM-FABRIKANTEN**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.swissfoodind.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER HERSTELLER
VON SUPPEN UND SAUCEN**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**VERBAND SCHWEIZERISCHER
KANTONALBANKEN**

Wallstrasse 8, Postfach, 4002 Basel
www.vskb.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER KREDITBANKEN
UND FINANZIERUNGSINSTITUTE**

Uraniastrasse 12, Postfach 3228, 8021 Zürich
www.vskf.org

**VERBAND SCHWEIZERISCHER MINERALQUELLEN
UND SOFTDRINK-PRODUZENTEN**

Engimattstrasse 11, Postfach 2124,
8027 Zürich
www.mineralwasser.ch

VERBAND SCHWEIZERISCHER PRIVATSCHULEN

Hotelgasse 1, Postfach, 3000 Bern 7
www.swiss-schools.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER
STAHLRÖHRENWERKE**

Rämistrasse 29, 8001 Zürich

**VERBAND SCHWEIZERISCHER
VERMÖGENSWALTER VSV**

Bahnhofstrasse 35, 8001 Zürich
www.vsv-asg.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER
WERBEGESELLSCHAFTEN VSW**

Avenue Mon-Repos 22, Case postale 7203,
1002 Lausanne
www.vsw-assp.ch

**VEREINIGUNG DER PRIVATEN
AKTIENGESELLSCHAFTEN**

St. Jakobs-Strasse 7, Postfach 2879,
4002 Basel
www.vpag.ch

**VEREINIGUNG DER SCHWEIZERISCHEN
MILCHINDUSTRIE**

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.milchindustrie.ch

**VEREINIGUNG SCHWEIZERISCHER
GLASFABRIKEN**

Schützenmattstrasse 266, Postfach,
8180 Bülach

**VEREINIGUNG SCHWEIZERISCHER HERSTELLER
VON DIÄT- UND SPEZIALNAHRUNGEN**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**VEREINIGUNG SCHWEIZERISCHER
UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND**

Gellertstrasse 18, 4052 Basel
www.vsud.ch

**VIPS VEREINIGUNG PHARMAFIRMEN
IN DER SCHWEIZ**

Baarerstrasse 2, Postfach 4856, 6304 Zug
www.vips.ch

**VISCOM SCHWEIZERISCHER VERBAND
FÜR VISUELLE KOMMUNIKATION**

Speichergasse 35, Postfach 678, 3000 Bern 7
www.viscom.ch

VSIG HANDEL SCHWEIZ

Güterstrasse 78, Postfach 656, 4010 Basel
www.vsig.ch

**VQF VEREIN ZUR QUALITÄTSSICHERUNG
VON FINANZDIENSTLEISTUNGEN**

Baarerstrasse 112, Postfach, 6302 Zug
www.vqf.ch

**EINZELMITGLIEDER
UND ANDERE ORGANISATIONEN**

ACCENTURE AG

Fraumünsterstrasse 16, Postfach, 8022 Zürich
www.accenture.ch

ADECCO MANAGEMENT & CONSULTING SA

Sägereistrasse 10, Postfach, 8152 Glattbrugg
www.adecco.com

ALPIQ HOLDING AG

Bahnhofquai 12, 4601 Olten
www.alpiq.com

AXPO HOLDING AG

Parkstrasse 23, Postfach, 5401 Baden
www.axpo.ch

BIBUS HOLDING AG

Allmendstrasse 26, 8320 Fehraltorf
www.bibus.ch

BKW FMB ENERGIE AG

Viktoriaplatz 2, Postfach, 3000 Bern 25
www.bkw-fmb.ch

CAPITAL INTERNATIONAL SA

3, place des Bergues, 1201 Genève
www.capgroup.com

CENTRALSCHWEIZERISCHE KRAFTWERKE AG

Hirschengraben 33, Postfach, 6002 Luzern
www.ckw.ch

CHEMOLIO HOLDING AG

Seehofstrasse 6, 8008 Zürich

CHOCOLADEFABRIKEN LINDT & SPRÜNGLI (SCHWEIZ) AG

Seestrasse 204, 8802 Kilchberg ZH
www.lindt.com/switzerland

CLEAR CHANNEL PLAKANDA GMBH

Beckenhofstrasse 6, 8006 Zürich
www.plakat.ch

DESCO VON SCHULTHESS HOLDING AG

Brandschenkestrasse 2, 8001 Zürich
www.desco-group.com

DKSH HOLDING AG

Wiesenstrasse 8, Postfach 888, 8034 Zürich
www.dksh.com

EBAY INTERNATIONAL AG

Helvetiastrasse 15/17, Postfach 133,
 3000 Bern 6
www.ebay.com

F. HOFFMANN-LA ROCHE AG

Postfach, 4070 Basel
www.roche.com

FIRMENICH SA

7, rue de la Bergère, Case postale 148,
 1217 Meyrin
www.firmenich.com

FREI CONNECT

Radgasse 3, Postfach, 8021 Zürich
www.freiconnect.ch

FRUTIGER AG

Frutigenstrasse 37, Postfach 2160, 3601 Thun
www.frutiger.com

GALENICA AG

Untermattweg 8, Postfach, 3001 Bern
www.galenica.ch

GE MONEY BANK

Bändliweg 20, 8048 Zürich
www.gemoney.ch

GIVAUDAN SUISSE SA

5, chemin de la Parfumerie, 1214 Vernier
www.givaudan.com

GOOGLE SWITZERLAND GMBH

Brandschenkestrasse 110, 8002 Zürich
www.google.ch

HAPIMAG

Neuhofstrasse 8, 6349 Baar
www.hapimag.com

IBM SCHWEIZ AG

Vulkanstrasse 106, Postfach, 8010 Zürich
www.ibm.com

IKEA AG

Grüssenweg 15, 4133 Pratteln
www.ikea.com

IMPLENIA MANAGEMENT SA

Industriestrasse 24, 8305 Dietlikon
www.implenia.com

INTEL SEMICONDUCTOR AG

Leutschenbachstrasse 95, 8050 Zürich
www.intel.com/ch

KABELWERKE BRUGG AG HOLDING

Industriestrasse 21, 5201 Brugg AG
www.brugg.com

KUDELSKI GROUP

Route de Genève 22 – 24, Case postale 134,
 1033 Cheseaux
www.nagra.com

KPMG AG

Badenerstrasse 172, 8026 Zürich
www.kpmg.ch

MAUS FRÈRES SA

6, rue de Cornavin, Case postale 1880
 1211 Genève 1
www.maus.ch

MCKINSEY & COMPANY, INC. SWITZERLAND

Hotelstrasse, Postfach, 8060 Zürich
www.mckinsey.ch

MICROSOFT SCHWEIZ GMBH

Richtstrasse 3, 8304 Wallisellen
www.microsoft.com/switzerland

MÖBEL PFISTER AG

Bernstrasse Ost 49, Postfach, 5034 Suhr
www.pfister.ch

NESTLÉ SUISSE SA

Rue d'Entre-Deux-Villes 10, Case postale 352,
 1800 Vevey
www.nestle.ch

NOVARTIS INTERNATIONAL AG

Postfach, 4002 Basel
www.novartis.com

OMYA (SCHWEIZ) AG

Baslerstrasse 42, Postfach 32, 4665 Oftringen
www.omya.com

OTTO BEISHEIM HOLDING GMBH

Neuhofstrasse 4, 6340 Baar
www.beisheim.ch

PHILIP MORRIS INTERNATIONAL

MANAGEMENT SA
 Avenue de Rhodanie 50, Case postale 1171,
 1007 Lausanne
www.philipmorrisinternational.com

PRICEWATERHOUSECOOPERS AG

Birchstrasse 160, Postfach, 8050 Zürich
www.pwc.ch

PRIVATKLINIKGRUPPE HIRSLANDEN

Seefeldstrasse 214, 8008 Zürich
www.hirslanden.ch

PROCTER & GAMBLE EUROPE SA

47, route de Saint-Georges, 1213 Petit-Lancy 1
www.pg.com

PUBLIGROUPE S.A.

Avenue Mon-Repos 22, Case postale 7203,
 1002 Lausanne
www.publigroupe.com

ROLAND BERGER AG STRATEGY CONSULTANTS

Holbeinstrasse 22, 8008 Zürich
www.rolandberger.ch

SCHUBARTH + CO AG

Lange Gasse 90, Postfach, 4002 Basel
www.schubarth.ch

SIX GROUP AG

Selnaustrasse 30, Postfach 1758, 8021 Zürich
www.six-group.ch

SOCIÉTÉ GÉNÉRALE DE SURVEILLANCE SA

1, place des Alpes, Case postale 2152,
 1211 Genève 1
www.sgs.com

SUNRISE COMMUNICATIONS AG

Hagenholzstrasse 20 / 22, 8050 Zürich
www.sunrise.ch

SWISS INTERNATIONAL AIR LINES LTD.

Postfach, 4002 Basel
www.swiss.com

SWISSCOM AG

Alte Tiefenauerstrasse 6, Postfach, 3050 Bern
www.swisscom.ch

TRANSOCEAN LTD.

Turmstrasse 30, 6300 Zug
www.deepwater.com

VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTION

DES KANTONS ZÜRICH

Walchestrasse 19, Postfach, 8090 Zürich
www.awa.zh.ch

WORLD ECONOMIC FORUM WEF

91–93, route de la Capite, 1223 Cologny
www.weforum.org

Stand: Juni 2012

Vorstandsausschuss

PRÄSIDENT

1 GEROLD BÜHRER

Präsident, economiesuisse, Zürich

VIZEPRÄSIDENTEN

2 HANS HESS

Präsident, Swissem, Zürich

3 PATRICK ODIER

Präsident, Schweizerische Bankiervereinigung, Basel

4 CHRISTOPH MÄDER

Präsident, scienceindustries, Zürich



QUÄSTOR

5 DR. ROLF DÖRIG

Präsident des Verwaltungsrats, Swiss Life AG, Zürich

WEITERE MITGLIEDER

6 GUGLIELMO L. BRENTEL, Präsident, hotelleriesuisse, Bern 7 WERNER HUG, Präsident des Verwaltungsrats, Hug AG, Malters 8 DR. CHRISTOPH LINDENMEYER, CEO, Schindler Aufzüge AG, Ebikon 9 HANSUELI LOOSLI, Verwaltungsratspräsident, Swisscom AG, Worblaufen 10 DR. HANSPETER RENTSCH, Mitglied der Konzernleitung, The Swatch Group Ltd., Biel/Bienne 11 URS ROHNER, Präsident des Verwaltungsrats, Credit Suisse Group AG, Zürich 12 BERNARD RÜEGER, Präsident, Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie – CVCI, Lausanne 13 HANS E. SCHWEICKARDT, Präsident des Verwaltungsrats, ALPIQ Holding AG, Lausanne 14 DR. ROLF SOIRON, Präsident des Verwaltungsrats, Holcim Ltd., Zürich und Lonza Ltd., Basel 15 OLIVIER STEIMER, Präsident des Verwaltungsrats, Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne 16 CHRISTOPH TOBLER, CEO, Sefar Holding AG, Thal 17 DR. MED. DANIEL VASELLA, Präsident des Verwaltungsrats, Novartis International AG, Basel 18 VALENTIN VOGT, Präsident, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Zürich



Stand: Juni 2012

Vorstand

INTERVIEW
 ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK
 AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK
 STEUERN
 FINANZEN
 INFRASTRUKTUR
 ENERGIE UND UMWELT
 BILDUNG UND FORSCHUNG
 REGULATORISCHES
 WETTBEWERB
 KOMMUNIKATION UND KAMPAGNEN
ÜBER ECONOMIESUISSE



1 MICHAEL AGORAS, Country Manager Switzerland, Adecco Human Resources AG, Glattbrugg **2 PH. OLIVIER BURGER**, CEO, PKZ Burger-Kehl & Co. AG, Urdorf
3 DR. CHRISTIAN CASAL, Direktor, McKinsey & Company, Inc. Switzerland, Zürich Flughafen



4 ALEARDO CATTANEO, CEO und Delegierter des Verwaltungsrats, Ferriere Cattaneo SA, Giubiasco **5 HANS-PETER DOMANIG**, Präsident, Verband Schweizerischer Generalunternehmer – VSGU, Bern **6 WALTER FREY**, Präsident des Verwaltungsrats, Emil Frey AG, Zürich



7 BRUNO FRICK, Präsident, Swiss Retail Federation, Bern **8 DAVID P. FRICK**, Mitglied der Konzernleitung, Nestlé S.A., Vevey
9 FRÉDÉRIC GEISSBÜHLER, Präsident, Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie, Vaumarcus



10 DR. WERNER GEISSLER, COO, Procter & Gamble Company, Cincinnati
11 DR. ROLF HARTL, Präsident, Erdöl-Vereinigung EV, Zürich
12 MAX THEODOR HERZIG, Präsident, VSIG Handel Schweiz, Basel



13 RUDOLF HUG, Präsident des Verwaltungsrats, HT-Holding AG, Baden-Dättwil
14 THOMAS ISLER, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrats, Gessner AG, Wädenswil **15 HEINZ KARRER**, CEO, Xpco Holding AG, Baden



16 ALBERT KAUFMANN, General Counsel / Member of the Group's Management Committee, Richemont International SA, Bellevue
17 DR. GOTTLIEB A. KELLER, Mitglied der Konzernleitung, Roche Holding AG, Basel
18 DANIEL KNECHT, Präsident, Aargauische Industrie- und Handelskammer, Aarau



19 ANDRÉ KUDELSKI, Präsident und CEO, Kudelski Group, Cheseaux-sur-Lausanne
20 PAUL KURRUS, Vizedirektor, Swiss International Air Lines AG, Basel
21 DR. HAJO LEUTENEGER, Präsident, Verband der Schweizerischen Gasindustrie, Zug



22 ULRICH JAKOB LOOSER, Partner, BLR & Partners AG, Thalwil **23 NIKLAUS J. LÜTHI**, Präsident, Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, Bern **24 BLAISE MATTHEY**, Generaldirektor, Fédération des Entreprises Romandes Genève, Genève



25 DIDIER MAUS, Präsident, Maus Frères SA, Genève **26 WERNER MESSMER**, Präsident, Schweizerischer Baumeisterverband, Zürich **27 ROGER NEININGER**, Head of Audit, Mitglied der Geschäftsleitung, KPMG AG, Zürich

Vorstand

28 DR. MARKUS R. NEUHAUS, CEO/Territory Senior Partner, PricewaterhouseCoopers AG, Zürich **29 PETER QUADRI**, Präsident, Zürcher Handelskammer, Zürich **30 ALAIN ROBERT**, Geschäftsleitung Wealth Management & Swiss Bank, UBS AG, Zürich

31 HANS-PETER ROHNER, Chairman of the Board und CEO, PubliGroupe S.A., Lausanne **32 KURT ROHRBACH**, Vorsitzender der Konzernleitung, BKW FMB Energie AG, Bern **33 DRs. HUUB SAVELKOULS**, Vice President Fiscal Affairs & International Trade, Philip Morris International Management SA, Lausanne

34 ROLF G. SCHMID, CEO, Mammut Sports Group AG, Seon **35 MARTIN SCHOLL**, Vorsitzender der Generaldirektion/CEO, Zürcher Kantonalbank, Zürich **36 ROLF SCHWEIGER**, Präsident, Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrien FIAL, Bern

37 DR. THOMAS STAEHELIN, Präsident, Handelskammer beider Basel, Basel **38 JASMIN STAIBLIN**, Vorsitzende der Geschäftsleitung, ABB Schweiz AG, Baden **39 OLIVER STEIL**, CEO, Sunrise Communications AG, Zürich

40 FRANZISKA A. TSCHUDI SAUBER, CEO, WICOR Holding AG, Rapperswil SG **41 DR. RUDOLF WEHRLI**, Präsident des Verwaltungsrats, Clariant, Richterswil **42 ISABELLE WELTON**, Vice President Brand Systems IBM Europe, Zürich

43 KASPAR E. A. WENGER, CEO, Holcim (Schweiz) AG, Zürich **44 DR. JÜRGE WERNER**, Direktionspräsident, V-ZUG AG, Zug **45 HANS WICKI**, Präsident, Industrie und Handelskammer Zentralschweiz, Luzern

46 DR. OLE WIESINGER, CEO, Privatklinikgruppe Hirslanden, Zürich **47 JOST WIRZ**, Ehrenpräsident der Wirz Gruppe, Zürich **48 RALF WITTENBERG**, General Manager, British American Tobacco Switzerland SA, Lausanne 3 Cour

49 PROF. DR. JÖRG WOLLE, Präsident & CEO, DKSH Holding AG, Zürich



Kommissionen und Arbeitsgruppen

AUSSENWIRTSCHAFTS- POLITIK



DR. RUDOLF WEHRLI
(Präsident)

DR. JAN ATTESLANDER

ARBEITSGRUPPE GRECO
Dr. Jan Atteslander

ARBEITSGRUPPE WTO
Peter Flückiger

**ARBEITSGRUPPE ZOLL- UND
URSPRUNGSFRAGEN**
Peter Flückiger

AD-HOC-GRUPPE FHA INDIEN
Dr. Jan Atteslander

AD-HOC-GRUPPE FHA CHINA
Prof. Dr. Rudolf Minsch

AD-HOC-GRUPPE FHA RUBEKA
Peter Flückiger

**ARBEITSGRUPPE ÖFFNUNG
LANDWIRTSCHAFT**
Prof. Dr. Rudolf Minsch

WETTBEWERB



WERNER HUG
(Präsident)

THOMAS PLETSCHER

**ARBEITSGRUPPE STAAT UND
WETTBEWERB**
Thomas Pletscher

**EXPERTENGRUPPE
GEISTIGES EIGENTUM**
Sandra Spieser

ARBEITSGRUPPE SWISSNESS
Thomas Pletscher

**ARBEITSGRUPPE GEMEINSAME
TARIFE GT**
Dr. Meinrad Vetter

ARBEITSGRUPPE FÜR GESUNDHEIT
Dr. Fridolin Marty

RECHT



DAVID P. FRICK
(Präsident)

THOMAS PLETSCHER

AUSSCHUSS RECHTSKOMMISSION
David Frick (Präsident)
Thomas Pletscher

**ARBEITSGRUPPE
FINANZMARKTREGULIERUNG**
Thomas Pletscher

**EXPERTENGRUPPE
GESELLSCHAFTSRECHT**
Dr. Meinrad Vetter

ARBEITSGRUPPE SWISS CODE
Dr. Meinrad Vetter

**ARBEITSGRUPPE
INVESTITIONSHEMMNISSE**
Sandra Spieser

**EXPERTENGRUPPE
KONSUMENTENPOLITIK**
Sandra Spieser

ENERGIE UND UMWELT



RUDOLF HUG
(Präsident)

KURT LANZ

ARBEITSGRUPPE KLIMAPOLITIK
Urs Näf

**ARBEITSGRUPPE WIRTSCHAFT,
TECHNIK, UMWELT**
Kurt Lanz

ARBEITSGRUPPE STROMPREISE
Urs Näf

ARBEITSGRUPPE STROMMARKT
Urs Näf

**AD-HOC-ARBEITSGRUPPE
STROMVERSORGUNGSSICHERHEIT**
Urs Näf

FINANZEN UND STEUERN



DR. THOMAS STAEHELIN
(Präsident)

URS FURRER

MEHRWERTSTEUER-GRUPPE
Dr. Frank Marty

**ARBEITSGRUPPE UNTERNEHMENS-
STEUERN / STEUERSOUVERÄNITÄT**
Urs Furrer

**AD-HOC-ARBEITSGRUPPE
ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM**
Urs Furrer

BILDUNG UND FORSCHUNG



ULRICH JAKOB LOOSER
(Präsident)

PROF. DR. RUDOLF MINSCH

**ARBEITSGRUPPE BILDUNGSFRAGEN
UND OBLIGATORISCHE SCHULE**
Dr. Stefan Vannoni

INFRASTRUKTUR



DR. HANSPETER RENTSCH
(Präsident)

KURT LANZ

LUFTFAHRT-GRUPPE
Kurt Lanz

POST-GRUPPE
Sarah Frey

SCHIENE-UND-STRASSE-GRUPPE
Marcus Hassler

SCHIFFFAHRT-GRUPPE
Handelskammer beider Basel

TELEKOMMUNIKATION UND ICT
Kurt Lanz

ARBEITSGRUPPE FÜR KONJUNKTURFRAGEN

PROF. DR. RUDOLF MINSCH

KOMMUNIKATION

**STEERING-COMMITTEE
ARBEITSGRUPPEN KAMPAGNEN**
Ursula Fraefel

ROMANDIE

FORUM ROMAND
Cristina Gaggini

COMITÉ ROMAND
Cristina Gaggini

Stand: Juni 2012

Geschäftsführerausschuss

VORSITZ

DR. PASCAL GENTINETTA
Vorsitzender der Geschäftsleitung,
economiesuisse



MITGLIEDER

1 LUCA ALBERTONI, Direktor, Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del cantone Ticino **2 CLAUDINE AMSTEIN**, Direktorin, Chambre Vaudoise du Commerce et de l'Industrie **3 DR. LUKAS BRINER**, Direktor, Zürcher Handelskammer

4 THOMAS DAUM, Direktor, Schweizerischer Arbeitgeberverband (Gast) **5 PETER DIETRICH**, Direktor, Swissmem **6 LUCIUS DÜRR**, Direktor, Schweizerischer Versicherungsverband

7 KASPAR ENGELI, Direktor, VSIG Handel Schweiz **8 MICHAEL FRANK**, Direktor, Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen **9 MAX FRITZ**, Direktor, Verband der Schweizerischen Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie

10 DR. CHRISTOPH JUEN, CEO, hotelleriesuisse **11 DR. MARIUS KLAUSER**, Direktor, Treuhänder Kammer **12 VANIA KOHLI-FUSINA**, Geschäftsleiterin, asut Schweizerischer Verband der Telekommunikation

13 DR. DANIEL LEHMANN, Direktor, Schweizerischer Baumeisterverband **14 PETER LÜSCHER**, Geschäftsleiter, Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK **15 CLAUDE-ALAIN MARGELISCH**, Vorsitzender der Geschäftsleitung, Schweizerische Bankiervereinigung

16 DR. BEAT MOSER, Direktor, scienceindustries **17 JEAN-DANIEL PASCHE**, Präsident, Fédération de l'industrie horlogère suisse FH **18 VINCENT RIESEN**, Direktor, Chambre valaisanne de commerce et d'industrie

19 DR. FRANZ U. SCHMID, Co-Geschäftsführer, Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrien FIAL **20 DR. THOMAS SCHWEIZER**, Direktor, TVS Textilverband Schweiz **21 GEORGES SPICHER**, Direktor, cemsuisse



Geschäftsleitung



Von links nach rechts:
 Rudolf Minsch, Cristina Gaggini, Jan Atteslander, Ursula Fraefel, Kurt Lanz, Pascal Gentinetta, Thomas Pletscher, Regina Ammann, Urs Furrer

Die Geschäftsleitung von economiesuisse setzt sich wie folgt zusammen:

DR. PASCAL GENTINETTA
 Vorsitzender der Geschäftsleitung

REGINA AMMANN
 Bundeshausgeschäfte

DR. JAN ATTESLANDER
 Aussenwirtschaft

URSULA FRAEFEL
 Kommunikation und Kampagnen

URS FURRER
 Finanzen, Steuern

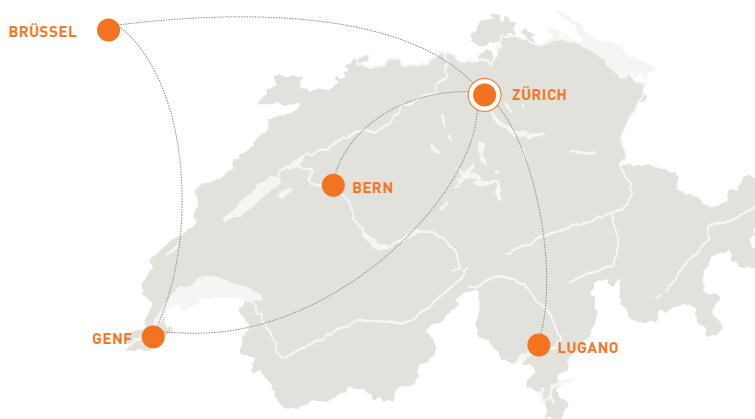
CRISTINA GAGGINI
 Kommunikation Romandie/Tessin

KURT LANZ
 Infrastruktur, Energie und Umwelt

PROF. DR. RUDOLF MINSCH
 Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bildung

THOMAS PLETSCHER
 Wettbewerb, Regulatorisches

Geschäftsstellen



ZÜRICH

Leitung: Dr. Pascal Gentinetta

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich

Telefon: +41 44 421 35 35
Telefax: +41 44 421 34 34
info@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch

BERN

Leitung: Regina Ammann

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern

Telefon +41 31 311 62 96
Telefax +41 31 312 53 50
bern@economiesuisse.ch

LUGANO

Leitung: Angelo Geninazzi

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano

Telefon: +41 91 922 82 12
Telefax: +41 91 923 81 68
lugano@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/it

GENF

Leitung: Cristina Gaggini

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3

Telefon: +41 22 786 66 81
Telefax: +41 22 786 64 50
geneve@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/fr

BRÜSSEL

Leitung: François Baur

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles

Telefon +32 2 280 08 44
Telefax +32 2 280 06 99
bruxelles@economiesuisse.ch

Nationale und internationale Kontakte

Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) unterstützt Unternehmen dabei, ihre klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen. Dabei werden die geltenden Gesetze (CO₂-Gesetz, Energiegesetz, kantonale Bestimmungen) möglichst effizient und wirkungsvoll umgesetzt. Schweizweit arbeiten heute bereits über 2200 Unternehmen mit der EnAW zusammen. Weiterhin sehr erfreulich ist der Zuwachs aus dem Segment der kleinen und mittleren Betriebe (KMU). Am sogenannten KMU-Modell der EnAW nehmen mittlerweile knapp 400 Unternehmen teil, dies vorwiegend freiwillig, um Strom und CO₂ und damit Kosten einzusparen. Von besonderer Bedeutung ist hier auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern aus der Wirtschaft, namentlich die finanzielle Unterstützung der KMU durch die von bedeutenden Dienstleistungsunternehmen getragene Klimastiftung Schweiz sowie eine Reihe von Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die ihren Kunden die bewährten Instrumente der EnAW empfehlen und entsprechende Anreize zur Umsetzung schaffen. Die Schweizer Wirtschaft ist heute mit dem Erfahrungs- und Leistungsausweis der Energie-Agentur der Wirtschaft gerüstet, um ihren Beitrag an die gewachsenen Ansprüche durch die neue Energiepolitik des Bundes an die Hand zu nehmen. Per 2011 haben die der Energie-Agentur der Wirtschaft angeschlossenen Unternehmen ihren jährlichen CO₂-Ausstoss mit den kumuliert wirkenden Massnahmen um 1,4 Millionen Tonnen CO₂ reduziert. Ausserdem haben sie ihren Stromverbrauch gegenüber 1990 um über 1 TWh gesenkt. Diese Unternehmen stehen für einen Sechstel der gesamten Schweizer Stromnachfrage.

Bewährtes Instrument der Wirtschaft

Die erfolgreiche Umsetzung klima- und energiepolitischer Vorgaben durch die EnAW basiert auf den freiwilligen Massnahmen nach dem heute gültigen CO₂-Gesetz und dem Energiegesetz. Die seit mehr als zehn Jahren praktizierte erfolgreiche Umsetzung der EnAW zeigt den Weg auf, wie sich Klimaschutz, Energieeffizienz und Wettbewerbsfähigkeit erfolgreich kombinieren lassen.

www.enaw.ch

BUSINESSEUROPE

Der Europäische Dachverband der Wirtschaft, BUSINESS-EUROPE, vertritt die Interessen von 41 Industrie- und Arbeitgeberverbänden aus über 35 europäischen Ländern. economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) sind beide Vollmitglied. BUSINESSEUROPE gilt dank der breiten Abstützung als die Stimme der Unterneh-

men in Europa. Der Verband strebt in seiner Arbeit namentlich Reformen des Wirtschaftsrechts zugunsten von Wachstum und Marktintegration an. Er setzt sich zudem ein für die Effizienz der öffentlichen Hand, den Kampf gegen Protektionismus, eine nachhaltige Energiewirtschaft und Reformen der europäischen Sozialsysteme.

www.businesseurope.eu

ICC

Die 1919 gegründete International Chamber of Commerce (ICC) vertritt weltweit die Interessen der Privatwirtschaft. Sie verfolgt und beeinflusst die Entwicklung der internationalen Reglementierungen, erarbeitet Selbstregulierungen zur Erleichterung der internationalen Handelsgeschäfte und veröffentlicht Praxispublikationen zu Handel und Investitionen. Ausserdem vereinfacht die ICC mittels eigenständiger Institutionen wie dem Internationalen Schiedsgerichtshof oder dem «Commercial Crime Service» und zahlreicher Veranstaltungen zu Praxisfragen den Welthandel. 16 Kommissionen mit Experten aus allen Wirtschaftsbereichen arbeiten rund um den Globus für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen. Zu einem weiteren Schwerpunkt zählt die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. economiesuisse führt das Sekretariat des Schweizer Landesausschusses der ICC. ICC Switzerland führt auch das Sekretariat des Schweizer UN-Global-Compact-Netzwerks und koordiniert die Beteiligung an der gegen Warenfälschung gerichteten Kampagne «Stop Piracy».

www.icc-switzerland.ch

BIAC

Das Business and Industry Advisory Committee to the OECD (BIAC) vertritt die Interessen der Wirtschaft bei der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). Das BIAC wurde 1962 gegründet und wird von den Dachverbänden der Wirtschaft und den Arbeitgeberorganisationen in allen OECD-Ländern getragen. Die Vertreter der Schweiz sind economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband. Wie die ICC ist auch das BIAC eine für die Schweizer Wirtschaft bedeutungsvolle Organisation, denn beide Gremien bieten ihr wichtige Einflussmöglichkeiten auf internationaler Ebene. Gerade in Zeiten zunehmender Regulierung infolge der Finanzkrise sind diese Organe eine wichtige Möglichkeit, der Stimme der Schweizer Wirtschaft Gehör zu verschaffen.

www.biac.org

Aktivitäten

Juli 2011 bis Juni 2012



ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK

POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

Wirtschaftspolitik allgemein

Folgen unterschiedlicher Öffnungsszenarien für die Schweizer Nahrungsmittelindustrie (12. Juli 2011)

DOSSIERPOLITIK

Geldpolitik

Kein Spiel mit dem Feuer – SNB muss unabhängig bleiben (28. Februar 2012)

Geldpolitik

Massnahmen gegen die Frankenstärke auf dem Prüfstand (31. Oktober 2011)

Geldpolitik

Frankenstärke – was tun? (15. Juli 2011)

Wirtschaftspolitik allgemein

Öffnung im Agrarsektor: Chance für die Nahrungsmittelindustrie (12. Juli 2011)

MEDIENMITTEILUNGEN

Wirtschaftspolitik allgemein, Konjunktur

Kein Ende der Euro-Krise in Sicht. Schweizer Wirtschaft in rauem Fahrwasser (4. Juni 2012)

Wirtschaftspolitik allgemein

Ferieninitiative: Klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Schweiz (11. März 2012)

Wirtschaftspolitik allgemein

Die Ferieninitiative schadet den Schweizer Unternehmen (21. Februar 2012)

Wirtschaftspolitik allgemein

Nein zur Ferieninitiative und zu fixen Buchpreisen (23. Januar 2012)

Konjunktur

2012: Tiefes Wachstum in einem Jahr der Transformation (2. Dezember 2011)

Geldpolitik

Wirtschaft begrüsst das temporäre Wechselkursziel der Nationalbank (6. September 2011)

Geldpolitik

Frankenstärke: Massnahmen des Bundesrats überzeugen nur teilweise (31. August 2011)



AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

VERNEHMLASSUNGEN

Aussenwirtschaft allgemein

Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf über im Ausland erbrachte private Sicherheitsdienstleistungen (31. Januar 2012)

Aussenwirtschaft allgemein

Vernehmlassungsantwort zur Anpassung der flankierenden Massnahmen (FlaM) (23. Dezember 2011)

POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

Schweiz – EU

40th anniversary of the free trade agreement between Switzerland and the EU (25. April 2012)

DOSSIERPOLITIK

Aussenwirtschaft allgemein

Mehr Freihandelsabkommen als Mittel gegen Protektionismus (14. Juni 2012)

Aussenwirtschaft allgemein

Die AUNS-Initiative schadet der Wirtschaft (6. März 2012)

Schweiz – EU

Europapolitik: Klare Kriterien für institutionelle Veränderungen (4. Juli 2011)

MEDIENMITTEILUNGEN

Aussenwirtschaft allgemein

Starkes Zeichen gegen die Abschottungspolitik der AUNS (17. Juni 2012)

Aussenwirtschaft allgemein

Wirtschaft gegen AUNS-Initiative: Verzögerung von unbestrittenen Staatsverträgen schwächt die Wirtschaft (25. Mai 2012)

Aussenwirtschaft allgemein

AUNS-Initiative: 77 Abstimmungsvorlagen mehr seit 2003 (9. Mai 2012)

Schweiz – EU

40 Jahre Freihandelsabkommen Schweiz – EU (25. April 2012)

Schweiz – EU

Wirtschaft akzeptiert politischen Entscheid für die Ventilklausel (18. April 2012)



Schweiz – EU

Wirtschaft lehnt Initiative der SVP geschlossen ab (14. Februar 2012)

Aussenwirtschaft allgemein

AUNS-Initiative schadet der Wirtschaft (23. Dezember 2011)

WTO/Globalisierung

Die WTO nicht auf Doha-Runde reduzieren (15. Dezember 2011)

Aussenwirtschaft allgemein

G-20 zu wachstumsorientierter Politik aufgerufen (19. Oktober 2011)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Indische Präsidentin trifft Schweizer Wirtschaftsvertreter (4. Oktober 2011)

Schweiz – EU

Keine automatische Übernahme von EU-Recht (4. Juli 2011)

MEDIENKONFERENZEN

Wirtschaft gegen AUNS-Initiative: Verzögerung von unbestrittenen Staatsverträgen schwächt die Wirtschaft (25. Mai 2012)

AUNS-Initiative: 77 Abstimmungsvorlagen mehr seit 2003 (9. Mai 2012)

40th anniversary of the free trade agreement between Switzerland and the EU (25. April 2012)

STEUERN

VERNEHMLASSUNGEN

Steuern allgemein, Energiebesteuerung

Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative 09.503: Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen (11. Mai 2012)

Steuern allgemein, Internationale Steuerfragen

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die internationale Quellbesteuerung (21. November 2011)

DOSSIERPOLITIK

Steuern allgemein

Einkommensverteilung und Steuerreformen in der Schweiz (30. März 2012)

Steuern allgemein, Besteuerung Privatpersonen

Nationale Erbschaftssteuer schadet Schweizer Unternehmen (17. Oktober 2011)

MEDIENMITTEILUNGEN

Steuern allgemein

Schweizer Wirtschaft kämpft für Steuerabkommen (15. Juni 2012)

Unternehmensbesteuerung

Unternehmenssteuern: Den Worten müssen Taten folgen (12. Juni 2012)

Steuern allgemein

Wachstumsfördernde Reformen nicht weiter verzögern (6. Dezember 2011)

Steuern allgemein, Energiebesteuerung

Steuerpolitik muss den Standort stärken (1. Dezember 2011)

Besteuerung Privatpersonen, Steuern allgemein

Erbschaftssteuer-Initiative schwächt Unternehmen (16. August 2011)



FINANZEN

VERNEHMLASSUNGEN

Staatsaufgaben

Anhörung zum Entwurf des Berichts über die Zukunft der 2. Säule (27. April 2012)

POSITIONSPAPIERE/STUDIEN

Staatsaufgaben, Staatsfinanzen, Schuldenbremse

Finanzmonitor 2011: Staatshandeln in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik wird wieder besser beurteilt (13. Juli 2011)

DOSSIERPOLITIK

Finanzen allgemein, Staatsfinanzen

Bundesfinanzen: Auf Mass und Prioritäten setzen (23. April 2012)

Staatsfinanzen, Finanzen allgemein

Bundesfinanzen 2012: am Wendepunkt (21. November 2011)

Staatsfinanzen, Schuldenbremse

Die Invalidenversicherung konsequent reformieren (24. August 2011)

Finanzen allgemein

Finanzmotor 2011: Stimmvolk gegen neue Ausgaben und Steuern (13. Juli 2011)

MEDIENMITTEILUNGEN

Staatsaufgaben, Staatsfinanzen, Schuldenbremse

Stimmberechtigte gegen neue Ausgaben und Steuern (14. Juli 2011)

Aktivitäten

Juli 2011 bis Juni 2012



INFRASTRUKTUR

VERNEHMLASSUNGEN

Post

Stellungnahme zum Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Postgesetz (23. April 2012)

Schiene

Finanzierung der Bahninfrastruktur und Leistungsvereinbarung Bund-SBB (13. Dezember 2011)

Schiene, Strasse

Stellungnahme zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (19. Juli 2011)

Strasse

Änderung des Nationalstrassenabgabengesetzes (4. Juli 2011)

POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

Infrastruktur allgemein, Schiene, Strasse

PPP Lösung für zweite Gotthardröhre (17. Februar 2012)

DOSSIERPOLITIK

Infrastruktur allgemein

Home Office: mehr Effizienz dank moderner Arbeitsformen (10. April 2012)

Infrastruktur allgemein, Schiene, Strasse

Zweite Gotthardröhre: Eine private Finanzierung ist machbar (20. Februar 2012)

Luftverkehr, Infrastruktur allgemein

Der Flughafen Zürich muss sich entwickeln können (7. November 2011)

Post, Wettbewerb allgemein, Grundversorgung

Index der Post verzerrt die wirkliche Situation (28. September 2011)

MEDIENMITTEILUNGEN

Infrastruktur allgemein

PPP-Lösung für zweite Gotthardröhre (27. Juni 2012)

Infrastruktur allgemein, Schiene, Strasse

Gotthard: Studie belegt Vorteile durch private Finanzierung (20. Februar 2012)

Schiene

Und sie verlagern doch – Schienengüterverkehr aus Sicht der Bahnkunden (16. Februar 2012)

Luftverkehr, Infrastruktur allgemein

Die Wirtschaft braucht einen leistungsfähigen Flughafen (14. November 2011)

MEDIENKONFERENZEN

Medienkonferenz und Seminar zur Machbarkeitsstudie für ein Public-Private-Partnership-Modell (PPP) am Gotthard (22. Februar 2012)



ENERGIE UND UMWELT

VERNEHMLASSUNGEN

Energie und Umwelt allgemein

Vernehmlassungsantwort zur Anhörung zur 4. Teilrevision der Chemikalienverordnung (2. April 2012)

Energie und Umwelt allgemein

Stellungnahme zur Änderung der VOCV (28. März 2012)

Energie und Umwelt allgemein

Vernehmlassung zur Strategie Biodiversität Schweiz (12. Dezember 2011)

Energie und Umwelt allgemein

Revision der Altlastenverordnung (2. November 2011)

POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

Energie und Umwelt allgemein, Stromversorgung

IWSB-Gutachten zur Energiestrategie des Bundesrats (18. Mai 2012)

Energie und Umwelt allgemein, Forschung und Technologie

Potenziale für Cleantech im Industrie- und Dienstleistungsbereich in der Schweiz (16. August 2011)

DOSSIERPOLITIK

Energie und Umwelt allgemein, Klimapolitik

Energieeffizienz: Studie zeigt realistischen Beitrag der Wirtschaft (24. April 2012)

Energie und Umwelt allgemein

Green Economy: Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wandel (20. März 2012)

Energie und Umwelt allgemein

Schweizer Wirtschaft als aktiver Partner in der Klimapolitik (28. November 2011)

Energie und Umwelt allgemein

Durban 2011: Swiss business as an active partner in climate policy (28. November 2011)

Energie und Umwelt allgemein, Forschung und Technologie

Cleantech: Chance für die gesamte Schweizer Wirtschaft (16. August 2011)

MEDIENMITTEILUNGEN

Energie und Umwelt allgemein, Stromversorgung

IWSB-Studie: Massiv höhere Preise und Abhängigkeit von Gasimporten (18. Mai 2012)

Energie und Umwelt allgemein

Umweltverbände gegen Wasserkraft – Geplante Initiative gefährdet Energiewende (27. April 2012)

Energie und Umwelt allgemein, Stromversorgung

Fehlender Realitätssinn: Machbarkeit der Energiewende bleibt offen (18. April 2012)

Energie und Umwelt allgemein, Klimapolitik

Klimaschutz: Den erfolgreichen Weg fortsetzen (27. März 2012)

Klimapolitik

CO₂-Kompensationen im Ausland sind doch möglich (23. Dezember 2011)

Energie und Umwelt allgemein, Klimapolitik

Wichtige Klarstellung zur Umsetzung des CO₂-Gesetzes (15. Dezember 2011)

Energie und Umwelt allgemein

Tägliche Videokonferenzen zur Klimakonferenz in Durban (29. November 2011)

Energie und Umwelt, Infrastruktur allgemein

Kurt Lanz stösst zu economiesuisse (24. Oktober 2011)

Stromversorgung, Klimapolitik, Energie und Umwelt allgemein

Widersprüchlicher Entscheid des Ständerats (28. September 2011)

Energie und Umwelt allgemein, Forschung und Technologie

ETH-Studie sieht Wachstumsmöglichkeiten bei Cleantech (16. August 2011)

VERANSTALTUNGEN

Regionalveranstaltung zur Schweizer Energiepolitik in Egerkingen in Zusammenarbeit mit der Solothurner Handelskammer und dem kantonalen Gewerbeverband (3. April 2012)

Regionalveranstaltung zur Schweizer Energiepolitik in Luzern in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (28. März 2012)

Präsenz der Schweizer Wirtschaft an der Klimakonferenz in Durban unter der Führung von economiesuisse mit regelmässigen Videokonferenzen in die Schweiz (www.economiesuisse.ch/klimakonferenz) (28. November bis 11. Dezember 2011)

MEDIENKONFERENZEN

Medienkonferenz und Seminar zur Studie «Potenziale für Cleantech im Industrie- und Dienstleistungsbereich in der Schweiz» der ETH Zürich (16. August 2011)



BILDUNG UND FORSCHUNG

POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

Innovation

Innovationspolitik in der Schweiz: Erfolgsfaktoren und populäre Irrtümer (30. Mai 2012)

DOSSIERPOLITIK

Bildung allgemein

Ingenieure braucht das Land (5. September 2011)

MEDIENMITTEILUNGEN

Innovation

Intelligente Innovationspolitik setzt auf Wettbewerb, Bildung und internationale Vernetzung (30. Mai 2012)

Hochschulpolitik, Bildung allgemein, Session

Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz erfüllt die Ziele nicht (30. September 2011)

Bildung allgemein

Die Schweiz braucht deutlich mehr Ingenieure (5. September 2011)

MEDIENKONFERENZEN

Innovation

Intelligente Innovationspolitik setzt auf Wettbewerb, Bildung und internationale Vernetzung (30. Mai 2012)



REGULATORISCHES

VERNEHMLASSUNGEN

Finanzmarktregulierung, Wirtschaftsstrafrecht

Vernehmlassung Änderung Geldwäschereigesetz (26. April 2012)

Verfahrensrecht, Wirtschaftsstrafrecht

Vernehmlassung zur Verlängerung der Verjährungsfristen bei Vergehen im StGB und MStG (20. Januar 2012)

Finanzmarktregulierung

Anhörung zu den Änderungen der Eigenmittelverordnung (16. Januar 2012)

Regulatorisches allgemein

Vernehmlassungsantwort zur Revision des Verjährungsrechts (1. Dezember 2011)

Regulatorisches allgemein, Wettbewerbsverzerrung durch Staat

Totalrevision des Meteorologiegesetzes (21. Oktober 2011)

Unternehmensrecht und Corporate Governance

Änderung des Kollektivanlagegesetzes KAG (10. Oktober 2011)

Regulatorisches allgemein

Stellungnahme zum Raumkonzept Schweiz (8. Juli 2011)

DOSSIERPOLITIK

Unternehmensrecht und Corporate Governance

Abzocker-Initiative: Indirekter Gegenvorschlag hat klare Vorteile (7. Mai 2012)

Regulatorisches allgemein, Gesundheitsmarkt

Das Potenzial von E-Health nutzen (19. September 2011)

MEDIENMITTEILUNGEN

Unternehmensrecht und Corporate Governance

Annahme der Minder-Initiative würde Wirtschaftsstandort Schweiz gefährden (28. Juni 2012)

Regulatorisches allgemein

economiesuisse begrüsst Ablehnung der «Bonus-Steuer» (15. Juni 2012)

Regulatorisches allgemein, Unternehmensrecht und Corporate Governance

Indirekter Gegenvorschlag nimmt Anliegen besser auf und greift schneller (16. März 2012)



WETTBEWERB

VERNEHMLASSUNGEN

Wettbewerb allgemein

Stellungnahme zur Verordnung über den Bau von Zweitwohnungen (22. Juni 2012)

Gesundheitsmarkt

Vernehmlassungsverfahren zum neuen Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (19. Dezember 2011)

Kartellrecht

Vernehmlassung Teilkartellverbot (11. Oktober 2011)

Gesundheitsmarkt, Wettbewerb allgemein

Korrektur der zwischen 1996 und 2011 bezahlten Prämien (29. September 2011)

Kartellrecht

Vernehmlassung Kartellrechtsrevision II – Umsetzung der Motion Schweiger (7. Juli 2011)

Gesundheitsmarkt

Gegenentwurf des Bundesrats zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» (4. Juli 2011)

DOSSIERPOLITIK

Kartellrecht

Schweizer Kartellrecht vor Paradigmenwechsel (4. Juni 2012)

Gesundheitsmarkt

Vernetzte Medizin: bewährt und patientenfreundlich (26. März 2012)

Wettbewerb allgemein, Investitionshemmnisse

Zweitwohnungsbau: Starres Bundesdiktat hemmt Entwicklung (6. Februar 2012)

Wettbewerb allgemein

Buchpreisbindung: Grossverlage profitieren auf Kosten der Leser (19. Dezember 2011)

MEDIENMITTEILUNGEN

Wettbewerb allgemein, Gesundheitsmarkt

Einheitskasse verhindert effizientes Gesundheitswesen (23. Mai 2012)

Wettbewerb allgemein, Investitionshemmnisse

Zweitwohnungen: economiesuisse fordert sofortige Rechtssicherheit (17. April 2012)

Gesundheitsmarkt

Managed Care bringt mehr Qualität und Sicherheit (19. März 2012)

Wettbewerb allgemein, Investitionshemmnisse

Zweitwohnungsinitiative trifft strukturschwache Regionen ins Mark (24. Februar 2012)

Aktivitäten

Juli 2011 bis Juni 2012

ECONOMIESUISSE INTERN

MEDIENMITTEILUNGEN

Neue Vorstandsmitglieder (26. August 2011)

Tag der Wirtschaft 2011: Innovationen für die Umwelt (26. August 2011)

Neun neue Mitglieder bei economiesuisse (25. August 2011)

Wie wirtschaftsfreundlich sind Sie? (20. August 2011)

MEDIENKONFERENZEN

economiesuisse-Jahresmedienkonferenz 2012: Die Schweiz punktet mit Innovation und Unternehmergeist (12. Januar 2012)

VERANSTALTUNGEN

Direktoren- und Geschäftsführerkonferenz 2012 (3. Mai 2012)

Direktoren- und Geschäftsführerkonferenz 2011 (3. November 2011)

Tag der Wirtschaft 2011: Ökologische Herausforderung – die Schweizer Wirtschaft geht voran (26. August 2011)

SESSIONSBERICHTE

SOMMERSESSION 2012

Landschaftsinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Revision Raumplanungsgesetz), Motion: Klärung übergangsrechtlicher Fragen der Zweitwohnungsinitiative, Motionen zur Stärkung des Forschungs- und Pharmastandortes Schweiz, Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz, Internationale Zusammenarbeit 2013–2016, Volksinitiative «Für eine starke Post», Verlagerungsbericht 2011, Motion: Stärkung der Anreize für die Verlagerung des alpenquerenden Schwerverkehrs, Pflichten und Rechte von rechtsberatend oder forensisch tätigen Angestellten: Gleichstellung mit freiberuflichen Anwältinnen und Anwälten, Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung, Volksinitiative «Gegen die Abzockerei» und direkter Gegenvorschlag inkl. Bonus-Steuer, Präventionsgesetz, Verfassungsgerichtsbarkeit, Verrechnungssteuergesetz, Unternehmenssteuerreform II und Kapitaleinlageprinzip, Steuerabkommen mit Vereinigtem Königreich, Deutschland und Österreich, Quellensteuergesetz, Steueramts- hilfegesetz, Legislaturplanung 2011–2015, Besteuerung nach dem Aufwand, Epidemien- gesetz, Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel, Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz, Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur 2013–2016, Kollektivanlagengesetz, Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2013–2016

SONDERSESSION 2012

Legislaturplanung 2011–2015

FRÜHJARSESSION 2012

Initiative «gegen die Abzockerei», Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA, Steueramts- hilfegesetz, Schweizerische Nationalbank, Swisness-Vorlage, Agrarfrei- handel mit der EU, Verrechnungssteuergesetz, Pauschalbesteuerung, Verjährungsfristen im Kaufvertrag, Landschaftsinitiative und indirekter Gegenvorschlag, Übereinkommen über Streumunition, Bahnreform 2, Präventions- gesetz, Klima-Initiative, Gleichstellung Unter- nehmenjuristinnen und -juristen mit frei- beruflichen Anwältinnen und Anwälten, Revision des Epidemien- gesezes

WINTERSESSION 2011

Bahnreform 2, Starker Franken: Bedrohung für den Werkplatz, Rechnungslegungsrecht, Indirekter Gegenvorschlag zur Initiative «gegen die Abzockerei», Bundesfinanzen 2012, Initiative «Erhalt des Viehexportes aus der Schweiz», AUNS-Initiative, Verfassungs- gerichtsbarkeit, Gleichstellung Unterneh- mensjuristinnen und -juristen mit frei- beruflichen Anwältinnen und Anwälten, Mehrwertsteuer, Gesundheitsförderung, Vorlage zur Besserstellung der Hausärzte, Differenzbereinigung der CO₂-Gesetzes- revision, Landschaftsinitiative und indirekter Gegenvorschlag, IV-Revision 6b, Initiative «Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite», Vorlage zur Revision des Bör- sengesetzes, Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, Werbeverbot im Online-Angebot der SRG

HERBSTSESSION 2011

Zuwanderung, Migrationspolitik, Managed Care, Rechnungslegungsrecht, Revision des CO₂-Gesetzes, Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG), Mittelaufsto- ckung für Bildung, Forschung und Innovation, Massnahmenpaket zur Abfederung der Fran- kenstärke und zur Verbesserung der Wett- bewerbsfähigkeit, «Too big to fail»-Vorlage, Initiative «Erhalt des Viehexportes aus der Schweiz», Vorlage Besserstellung der Haus- ärzte, Landschaftsinitiative und indirekter Gegenvorschlag, Initiative «Schuldenprä- vention. Keine Werbung für Kleinkredite», Insolvenzrecht, Initiative Minder, Übereinkom- men über Streumunition, AUNS-Initiative, Mittelerrhöhung für Agglomerationsverkehr, energiepolitische Zukunft

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles

www.economiesuisse.ch